

DAS BULLETIN

des
alternativen
Zug

H



Inhaltsverzeichnis



3 Editorial

Das alte Kondom

4 amnesty international

Torture Free Zone -
für eine Welt ohne Folter

6 Integrationsnetz Zug

Die Messlatte neu
gesetzt



8 Terroranschläge in den USA

Zivile Lösungen gegen
die Gewaltspirale

9 GSOA - Initiativen

Zivile Lösungen

11 Recht im Eishockey

Eiskalte Entscheide

12 Spitalplanung

Filz à la zougoise

16 Partiejubiläum

15 Jahre erfolgreiche Fahrt
auf Gleis 3



18 Einkaufszentrum Zugerland

Wer hat das Grösste im
ganzen Land?

20 Kantonsrat

Salamitaktische Ausweitung
der Ladenöffnungszeiten



22 Grosser Gemeinderat Zug

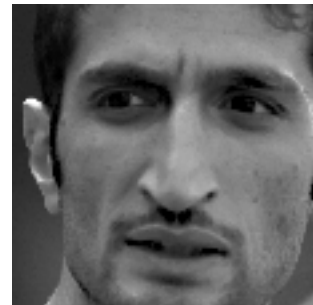
Viele, viele (private)
Parkplätze

23 Ablehnung der Halbtageschule

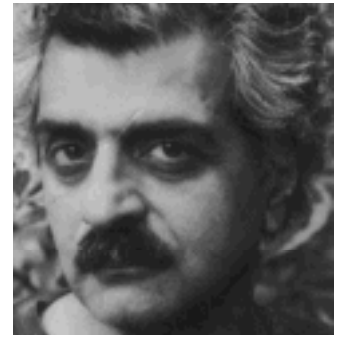
Kein neues Schulmodell um
jeden Preis

24 Serviceteil

Film
Frontal
Förderverein
Veranstaltungen
Impressum



Das alte Kondom



Nachstehend veröffentlichen wir als Gasteditorial einen gekürzten Text von Tariq Ali, der in der WoZ vom 21. September erschienen ist. Seine Informationen haben hohen Wert über den Tag hinaus. Vollständiger Text unter www.sga-zug.ch/bulletin.

Von TARIQ ALI*

Vor einigen Jahren habe ich auf einer Reise durch Pakistan mit einem ehemaligen General über die militanten islamistischen Gruppen gesprochen. Warum, wollte ich von ihm wissen, sind diese Leute, die während des gesamten Kalten Krieges freudestrahlend US-Gelder und US-Waffen akzeptieren, jetzt und quasi über Nacht so gewalttätig antiamerikanisch eingestellt? Sie seien nicht allein, antwortete der Exgeneral. Auch viele pakistanische Offiziere, die den USA ab 1951 loyal dienten, fühlten sich durch Washingtons Gleichgültigkeit seit Ende des Kalten Krieges gedemütigt. «Pakistan war einst das Kondom, das die Amerikaner brauchten, um in Afghanistan einzudringen», sagte er. «Wir haben unseren Zweck erfüllt, und die glauben, sie könnten uns einfach durch die Toilette spülen.»

Jetzt fischen sie das alte Kondom wieder heraus und wollen es erneut benutzen. Aber geht das auch? Die neue «Koalition gegen den Terrorismus» braucht die Hilfe der pakistanischen Armee. Doch der pakistanische Staatschef General Pervez Musharraf muss sich vorsehen. Ein voreiliges Einschwenken auf die Linie der USA könnte die pakistanische Armee spalten und zu einem Bürgerkrieg in Pakistan führen.

Schliesslich hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten viel verändert. (...)

In Pakistan hat der Islamismus seine Stärke nämlich weniger einer Unterstützung durch die Bevölkerung als seiner Förderung durch den Staat zu verdanken. Der Aufstieg des religiösen Fundamentalismus ist eine Erbschaft des früheren Militärdiktators General Zia ul-Haq, der während seiner gesamten elfjährigen Diktatur durchweg von Washington und London unterstützt wurde. Denn im Laufe seiner Herrschaft (1977-1989) entstand im ganzen Land ein Netz von Madrassas, religiösen Internaten, das vom Saudi-Regime finanziert wurde. Den Kindern, die später nach Afghanistan geschickt wurden, um dort als Mudschahedin zu kämpfen, wurde gelehrt, keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen: Die einzige Wahrheit ist die göttliche Wahrheit, wer dem Imam nicht gehorcht, rebelliert auch gegen Allah.

Die 2500 Madrassas haben insgesamt etwa 225 000 Fanatiker herangebildet, die jederzeit bereit sind, für ihren Glauben zu töten und zu sterben, wenn dies ihr Führer verlangt. Von der pakistanischen Armee über die Grenze geschickt, wurden sie dort in einen Kampf geworfen gegen andere Muslime, die aber - so wurde ihnen gesagt - keine wahren Muslime seien. Das Glaubensbekenntnis der Taliban ist eine ultrasektiererische Variante, die von den Wahhabiten, die Saudi-Arabien beherrschen, inspiriert wird. Die Rigorosität der afghanischen Mullahs wurde von der sunnitischen Geistlichkeit der al-Ashar-Universität in Kairo und schiitischen Theologen im iranischen Qom als eine Schande für den Propheten be-

zeichnet.

Mit religiösem Eifer allein hätten die Taliban Kabul aber nicht erobern können. Sie wurden von Pakistan bewaffnet und von «Freiwilligen» der pakistanischen Armee angeführt. Wenn Islamabad den Stecker zieht, könnten die Taliban - wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten - vertrieben werden. (...) Zbigniew Brezinski, früherer Sicherheitsberater unter US-Präsident Jimmy Carter, ist auch weiterhin überzeugt, das Richtige getan zu haben: «Was ist welthistorisch wichtiger gewesen?», fragt er. «Die Taliban oder der Sturz des sowjetischen Imperiums? Ein paar aufgeregte Mullahs oder die Befreiung von Mitteleuropa und das Ende des Kalten Krieges?» (...)

Die einzige Lösung, die jetzt hilft, ist eine politische Lösung, die die Ursachen beseitigt. Verzweiflung führt zu Fanatismus, und Verzweiflung wurde erzeugt von Washingtons Politik im Nahen Osten und anderswo. Vertreter der herrschenden Sittenlehre sehen das freilich anders. «Wir müssen uns an die Vorstellung von zweierlei Mass gewöhnen», schrieb Robert Cooper, Tony Blairs persönlicher Berater in aussenpolitischen Angelegenheiten, recht unverblümt. Der Grundsatz lautet also: Wir bestrafen die Verbrechen unserer Feinde und belohnen die Verbrechen unserer Freunde. Ist das nicht wenigstens besser als generelle Straffreiheit? Die Antwort darauf ist einfach: Eine solche Art «Bestrafung» verringert nicht die Kriminalität, sondern verstärkt sie. (...) ■

* Tariq Ali, der 1963 Pakistan verlassen musste, lebt als Autor in London.

Torture Free Zone – für eine Welt ohne Folter

amnesty international (ai) ist eine weltweite Bewegung, die für die Förderung und Verteidigung der fundamentalen Menschenrechte arbeitet. Ihre Aktionen zielen seit 40 Jahren auf schnelle und wirksame Hilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Zur Zeit führt ai eine Kampagne zur Abschaffung der Folter durch. Auch die ai Gruppe Zug beteiligte sich beim Start der Kampagne mit einer Aktion. Im folgenden Artikel stellt die Gruppenleiterin Miranda Jäggi ihre Arbeit kurz vor.

Von Miranda Jäggi

Gemäss Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte darf niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Dies dient uns als Grundlage für unsere Arbeit. Da man unsere Arbeit am Schreibtisch häufig nicht sieht, sind wir besonders froh, wenn man unsere Aktivitäten in der Öffentlichkeit wahrnimmt. So hatten wir im Frühling die Gelegenheit an der Diplommittelschule in Zug in mehreren Schulklassen unsere Arbeit vorzustellen. Der mitgebrachte Film über die aktuellen Missstände rund um den Globus, Europa eingeschlossen, liess die Jugendlichen verstummen. Auch mit der eingangs erwähnten Veranstaltung im Herbst 2000 in der Rathaus Schüür Baar traten wir an die Öffentlichkeit. Begleitet wurde das Ganze von einer Bilderausstellung von bekannten Zuger Künstler/innen. Der Anlass wurde mit einer Ansprache der Regierungsrätin Monika Hutter-Häfliger und dem Konzert von Orna Ralston würdig abgerundet. Wir beteiligen uns auch aktiv im OK Zuger Flüchtlingstage und hel-

fen mit, das Fest am Nationalen Flüchtlingstag vielseitig zu gestalten.

Folter in der Türkei

Seit längerer Zeit arbeiten wir speziell für Aktionen, welche die Türkei betreffen. Eine Sensation war es, als die türkische Abgeordnete Sema Piskinsüt im vergangenen Jahr mit allerhand Foltergeräten im Parlament erschien. Einen Bügel zum Aufhängen von Gefangenen an den Armen sowie einen Stock zur Verabreichung von Schlägen auf die Fußsohlen hatte die damalige Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses von der Inspektion einer Polizeiwache mitgebracht und vorsichtshalber in ihrem Abgeordnetenbüro eingeschlossen, weil sie der Staatsanwaltschaft nicht über den Weg traute. Sehr zu Recht, wie sich inzwischen herausgestellt hat: Die couragierte Politikerin, die den ersten amtlichen Folterbericht der Türkei vorlegte, wurde seither nicht nur ihres Amtes entkleidet, sie soll nun auch vor Gericht gestellt werden. Straffrei bleiben dagegen die Folterer, deren Untaten sie dokumentierte und welche trotz Reformankündigungen weiter an der Tagesordnung sind.

Briefe gegen das Vergessen

Ein Brief hilft, dass Menschenrechtsverletzungen und ihre Opfer nicht totgeschwiegen werden können. Deshalb bedeutet eine aktive Unterstützung von ai viele Briefe zu schreiben – und ganz selten eine Antwort zu erhalten. Nichtsdestotrotz ist eines der wichtigsten Mittel zur Einhaltung der Menschenrechte das Schreiben von Briefen an Regierungen, NGOs etc. Wir schreiben Briefe für die bedingungslose Freilassung von Menschenrechtsaktivist/innen, gegen die Anwendung von Folter (die in türkischen Gefängnissen z.B. allgegenwärtig ist), für die Verfolgung und Verurteilung



von Tätern, die ihre Macht missbrauchen, um die Menschenwürde von Kindern, Frauen und Männern unheilbar zu zerstören. ai kann immer wieder über Erfolge wie Verbesserung der Haftbedingungen, Haftentlassung etc. berichten. Die beste Waffe, um der Folter ihre Zukunft zu nehmen, ist die Öffentlichkeit. Genau diese erzeugt ai mit ihren Aktionen und Berichten.

Schreiben auch Sie Briefe

Setzen Sie sich für zwei türkische Männer ein, deren Schicksal miteinander verknüpft ist: Osman Baydemir, Anwalt und Menschenrechtsverteidiger, und Rasim Asan, 18 Jahre alt.

Während der eine mittlerweile aus der Haft entlassen wurde, wird der andere weiterhin unter grauenhaften Bedingungen festgehalten. Der vorliegende Aufruf ist im Originalton wiedergegeben. Bitte halten Sie sich an die unten angeführte empfohlene Aktion, um die beiden Männer nicht weiteren Gefahren auszusetzen.

Osman Baydemir wurde aus der Haft entlassen. Rasim Asan ist jedoch noch immer im Gefängnis, trotz Reklamationen, dass er in Haft gefoltert wurde.

Rasim Asan gibt an, dass er der Folter ausgesetzt war inklusive Elektroschocks an seinen Hoden und Füssen, dass ihm



mit dem Tod gedroht wurde und er an den Armen aufgehängt wurde. Er wurde gezwungen, blind ein Dokument zu unterschreiben, in dem er zugibt, dass Osman Baydemir ihm Geld gegeben hat, im Austausch zur Falschaussage über Menschenrechtsverletzungen, welche durch das Militär in umliegenden Dörfern begangen wurden.

amnesty international glaubt, dass er nur auf Grund seiner Anschuldigungen wegen Folter und Menschenrechtsverletzungen durch das türkische Militär angeklagt wurde.

Osman Baydemir wurde ins Anti-Terror-Büro des Sirnak Polizeihauptquartiers gebracht, nachdem er am 9. August erneut verhaftet wurde. Nach einer zwei-stündigen Befragung wurde er wieder entlassen, mit der Begründung, dass er nur auf Grund eines Fehlers in den Polizeiakten verhaftet worden sei.

Empfohlene Aktion

Bitte senden Sie Telegramme/Telexe/Faxe/Briefpost in Englisch, Deutsch oder Ihrer eigenen Landessprache:

- Äussern Sie Ihre Betroffenheit darüber, dass Rasim Asan wiederholt in Haft gefoltert wurde, und erinnern Sie die Regierung an ihre Pflicht als eine 'state party' gegenüber der Europäischen Menschenrechtskonvention, welche klar be-



Osman Baydemir, Anwalt und Menschenrechtsverteidiger

sagt, dass «niemand der Folter oder unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sein darf».

- Verlangen Sie eine komplette und unabhängige Untersuchung der Folteranschuldigungen, deren Ergebnisse öffentlich gemacht werden sollen und die die Schuldigen vor Gericht bringen soll.
- Weisen Sie daraufhin, dass diejenigen, welche der Menschenrechtsverletzung verdächtig werden, vom Dienst suspendiert werden sollen bis die Untersuchungen abgeschlossen sind.
- Äussern Sie Ihre Betroffenheit darüber, dass Rasim Asan wiederholt gezwungen wurde, Dokumente zu unterschreiben, dessen Inhalt er nicht kannte, da ihm die Augen verbunden worden waren. ■

Infos über amnesty international Zug

Wenn Sie sich für weitere Infos über amnesty interessieren, schreiben Sie an folgende Adresse:

amnesty international, Gruppe Zug
Postfach 819
6300 Zug
info@amnesty-zug.ch
www.amnesty.ch

Bitte senden Sie Ihre Briefe an ...

Minister of the Interior
Mr Rüstü Kazım Yücelen
Ministry of Interior
İçişleri Bakanlığı
06644 Ankara, Turkey

Telegrams:
Interior Minister, Ankara, Turkey
Fax: 90 312 418 17 95
Salutation: Dear Minister

Governor of the Provinces under Emergency Rule

Mr Gökhan Aydın
Olaganüstü Hal Valisi
Diyarbakir, Turkey
Telegrams: Olaganustu Hal Valisi,
Diyarbakir, Turkey
Faxes: +90 412 224 3572
Salutation: Dear Governor

Minister of Justice

Prof Hikmet Sami Türk
Ministry of Justice
Adalet Bakanlığı
06659 Ankara, Turkey
Telegrams: Justice Minister,
Ankara, Turkey
Faxes: + 90 312 417 3954 / 418 5667
Salutation: Dear Minister

Copies to ...

State Minister with responsibility for Human Rights

E. Safer Gaydali,
Office of the Prime Minister,
Basbakanlik,
06573 Ankara, Turkey
Fax: + 90 312 417 04 76
Salutation: Dear Minister

Und an die entsprechenden diplomatischen Repräsentanten der Türkei in Ihrem Land.

Die Messlatte neu gesetzt

BesucherInnen und Veranstaltungsgäste äusserten sich begeistert: Die Ausstellungswoche «Integration heisst ...kultur!» setzte sowohl inhaltlich wie formal neue Massstäbe für künftige Beiträge zum Thema.

**Von Gisela Hürlimann, Präsidentin Integrationsnetz Zug
Bilder Integrationsnetz Zug**

Kritik von aussen gabs kaum, auch wenn sie willkommen war. Intern führen wir noch eine Evaluation durch, die sicher ein paar Fehler aufdecken wird. Es stünde einer Organisation, die sich die konstruktive Kritik an den Verhältnissen – sowohl, was die Integrationspolitiken des Staates und diverser Organisationen anbelangt, als auch, was das Verhalten mancher Migrantengruppen betrifft – auf die Fahne geschrieben hat, auch schlecht an, darauf zu verzichten. Die Bilanz bleibt jedoch äusserst positiv: Wir haben es geschafft, eine ästhetisch konsequente, von vielen als schön gelobte Ausstellung, deren Inhalt vielschichtig und ansprechend war, auf die Beine zu stellen und ohne nennenswerte Pannen durchzuführen.

Die beiden zugerischen Zeitungen haben die Bedeutung dieses Anlasses denn auch erfasst und in praktisch jeder Ausgabe über die Veranstaltungen berichtet. Ohne die Attentate in den USA hätte auch eine begrenzte Berichterstattung auf nationaler Ebene stattgefunden (im TA erschien trotzdem eine Spalte; die NZZ hatte zugesagt und der Sonntagsblick sich für «Ethnopoly» angemeldet).

Keine Nachhilfe nötig?

Ohne die Terroranschläge hätten sicher noch mehr BesucherInnen den Weg in den Burgbachsaal gefunden. Ob es dem gesellschaftlichen Zusammenleben hierzulande mehr nützt, dass manche

jetzt zu televisionären ExpertInnen in Sachen internationaler Terrorismusbekämpfung mutiert sind statt sich mit dem Thema der besseren Integration der rund zwanzig Prozent AusländerInnen im Kanton Zug auseinander zu setzen, möchte ich bezweifeln. Unsere Projektleute haben jedenfalls nicht übersehen, dass nur wenige ParlamentarierInnen und Exekutivpolitiker, längst nicht alle Integrationskommissions-Mitglieder und keineswegs die Mehrheit der bürgerlichen oder sozialdemokratischen Parteiprominenz bei den Alternativen siehts etwas besser aus den Platz vor dem TV mit dem zwischen den Ausstellungstürmen zu tauschen vermochten.

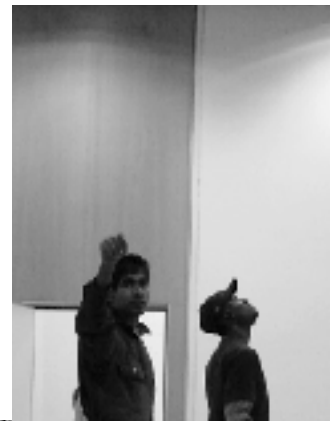
Aber sprechen wir doch von den vielen, die kamen und dabei etwas lernten: etwa von den Schulklassen, die sich am Unterrichtsexperiment beteiligten und nun nachfühlen können, wie es fremdsprachigen SchülerInnen ergeht. Oder den MigrantInnen, die sich in einer überaus engagierten Diskussion zu Diskriminierung und Integration in der Arbeitswelt als ebenbürtige Gesprächspartner der Vertreter der Ämter für Wirtschaft und Arbeit sowie für Ausländerfragen erwiesen. Und nicht zuletzt von den auswärtigen Fachleuten - die Liste findet sich auf www.integrationsnetz.org -, die sich von unserer Arbeit tief beeindruckt zeigten und die gerne weiter mit uns zusammenarbeiten wollen.

Neue Sichtweisen

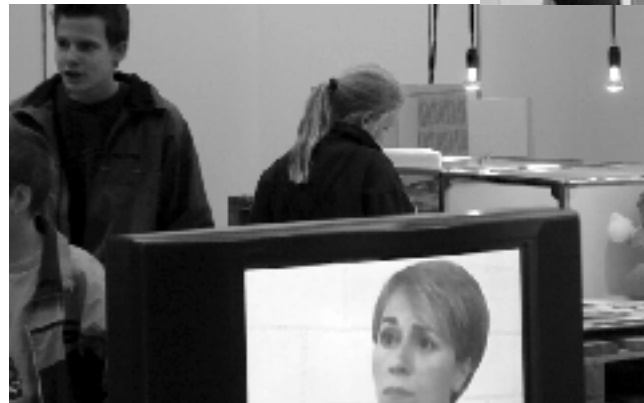
Führen rechtliche Einbürgerungserleichterungen nicht auch zur Verdrängung alternativer Mitsprachemodelle?

Verschärft die überproportionale Zuweisung von Ausländerkindern in Kleinklassen nicht die Probleme, die sie angeblich lösen will? Sollte nebst Gewalt von Ausländern nicht auch die Gewalt an Ausländern, zum Beispiel durch die Polizei, ein Thema sein? Keine der Diskussionen verlief auf ausgetretenen Pfaden und für Selbstzufriedenheit war wenig Raum. Auch Befürchtungen – Hoffnungen? –, das Integrationsnetz werde durch diesen Monsteranlass überstrapaziert und platze wie eine Seifenblase, bewahrheiteten sich nicht. Im Gegenteil wurden die ProjektmitarbeiterInnen, die von ihrem ethnischen und soziokulturellen Hintergrund wie von ihren parteipolitischen Neigungen her erfreulich heterogen sind, durch die Erfahrung dieses gemeinsamen Kraftaktes regelrecht zusammengeschweisst.

Und deshalb gehts jetzt auch, ausgestattet mit einer positiv veränderten Selbst- und Fremdwahrnehmung, subito weiter: Der Aufbau einer Jugendgruppe, eine intensivierte Arbeit in Kommissionen und die Forderung nach einer strengen Qualitätskontrolle von integrationspolitischen Massnahmen, Leitbildern und ihren Akteuren stehen auf dem Programm. Wir haben auf der Marathonstrecke hin zur Emanzipation von AusländerInnen mit SchweizerInnen gerade mal eine Aufwärmrunde hinter uns gebracht – der Schnauf geht uns noch lange nicht aus. ■



Berührungsär...
abbauen, zuh...
kennenlernen...
verstehen un...





**Zusammen die Zukunft bauen.
Eine Woche Begegnungen, Erfahrungen
und Wissen zu den Themen Migration und
Integration.**



**ngste
ören,
, besser
d oft Staunen.**



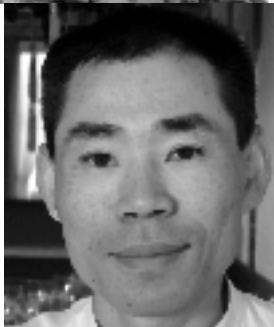
**Plötzlich ist das Fremde gar
nicht mehr so fremd, und
anstelle des Misstrauens
tritt der Respekt.**



**Die Botschaft der
Kantonsregierung
an die Kinder.**



**Auch die Schulen
nehmen sich der
Thematik an.**



Zivile Lösungen gegen die Gewaltspirale



**Stellungnahme der Sozialistisch-Grünen
Alternative (SGA) des Kantons Zug,
14.9.2001**

Die SGA ist entsetzt über die verbrecherischen Attentate in New York, Washington und Pennsylvania. Wir drücken den Hinterbliebenen unsere tief empfundene Anteilnahme aus. Diese Anschläge lassen sich durch nichts und niemanden rechtfertigen!

Auch wenn es zurzeit schwer fällt – die Trauer und die Betroffenheit dürfen uns nicht daran hindern, nüchtern zu fragen: Was sind die Ursachen solcher barbarischer Akte? Was kann dagegen unternommen werden? Wie sind wir Zugerinnen und Zuger herausgefordert?

Stimmen der Vernunft

In einem Zeitungsinterview hat der frühere Nahost-Korrespondent der NZZ und von Radio DRS zu den Motiven der wahrscheinlichen Attentäter gesagt: «Es gibt in der islamischen Welt Krisengebiete, wo man die Attentäter findet. Hier entwickeln sich Krisenmentalitäten, die nicht mit dem Islam, sondern mit der Hoffnungslosigkeit der Krise zu tun haben. Wenn man nichts mehr zu verlieren hat, ist man zu allem bereit.» Weiter weist Hottinger auf die Parteilichkeit der

USA im Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt hin. Das Gleiche machte der amerikanische Kolumnist William Pfaff im International Herald Tribune (IHT): «Während 30 Jahren haben sich die USA geweigert, einen überparteilichen Effort zu leisten, um für diesen Konflikt eine Lösung zu finden.»

Der religiöse Fanatismus nährt sich nicht nur aus den kulturellen Demütigungen, welche das Abendland dem Islam und den Arabern, auch den christlichen, seit Jahrhunderten zufügt. Er nährt sich auch aus dem Gefühl politischer Ohnmacht und aus dem sozialen Elend. Eine rücksichtslose Globalisierung vergrössert das soziale Gefälle, verschlimmert die kulturelle Entfremdung und verkleinert den politischen Einfluss für hunderte von Millionen Menschen. Wer Verbrechen wie die vom 11. September verhindern will, der trage zur Lösung dieser Probleme bei.

Zynischer Militarismus

Die Führungen der USA und der Nato drohen nun alles noch schlimmer zu machen. Die absehbaren massiven militärischen Aktionen werden keine Sicherheit vor zukünftigen feigen Anschlägen schaffen. Im Gegenteil: Sie provozieren noch mehr Demütigungen, Hass und Elend. Und sie beschleunigen die schon angelaufene Aufrüstungswelle. Die Rüstungskonzerne gehören nicht zufällig zu den Börsengewinnern dieser Tage. Welch ein Zynismus!

Dabei würden die Milliarden sinnvoller in die soziale Entwicklung investiert. Willy Brandt hat 1995 in seinem Buch «Der Rüstungswahnsinn» geschrieben: «Das Geld, das ein moderner Panzer kostet, würde ausreichen, tausend Klassenräume für 30'000 Schulkinder zu schaffen.» Oder: «Mit dem Gegenwert eines Kampfpanzers liessen sich in der Dritten Welt 40'000 Dorfapotheken einrichten.» Während der sozial-liberale Brandt

zwischen reichem Norden und armem Süden Brücken baute, vertieft der neoliberale Tony Blair, dessen Land zu den weltweit grössten Waffenexporteuren gehört, mit seinen gefährlichen Aussagen vom Zusammenschluss der «freien Welt» (gegen den armen Rest der Welt) die bestehenden Gräben.

Sicherheit durch Solidarität

Die Aufrüstung ist um so absurder, als keine Waffen dieser Welt Anschläge wie jene vom 11. September verhindern können. Der erwähnte Kolumnist Pfaff zog die folgenden Schlüsse aus den Attentaten: «Die letzte und tiefste Lektion aus diesen Ereignissen ist: Die einzige wirkliche Verteidigung gegen Angriffe von aussen ist der seriöse, kontinuierliche und mutige Versuch, politische Lösungen zu finden.» (IHT 12. 9. 2001). Wir fügen bei: gerechte Lösungen! Die beiden am 2. Dezember zur Abstimmung gelangenden Volksinitiativen «Solidarität schafft Sicherheit. Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst» und «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik. Für eine Schweiz ohne Armee» bieten die Chance, zivile Lösungen als Alternative zu sinnloser Kriegsführung und teurer Aufrüstung zu diskutieren und zu unterstützen.

Als Zugerinnen und Zuger müssen wir uns bewusster machen denn je, dass der Reichtum unserer Region auch zu tun hat mit einem höchst ungerechten Rohstoffhandel und mit der Steuerflucht aus der Dritten Welt. Jährlich verlieren die Entwicklungsländer mindestens 70 Milliarden Franken wegen Steuerflucht an Steueroasen wie die zugerische. Die gemeinsamen Veranstaltungen der Volkswirtschaftsdirektion und der Reformierten Kirche sind eine Gelegenheit, solche Zusammenhänge zu diskutieren. Wenn wir eine friedlichere Welt wollen, müssen wir uns stark machen für eine sozial und politisch gerechtere Welt. ■

Zivile Lösungen

Volksinitiativen für einen Zivilen Friedensdienst und eine Schweiz ohne Armee. Am 2. Dezember 2001 stimmen wir ab über die zwei GSoA-Initiativen zur Schaffung eines freiwilligen zivilen Friedensdienstes und für eine Schweiz ohne Armee.

Von Josef Lang*

Auch bei mir wirkt der Schock über die Horror-Anschläge von New York und Washington noch nach. Gleichzeitig nehme ich mit Entsetzen zur Kenntnis, dass parallel zu den Opferzahlen die Aktienkurse der Rüstungsindustrie steigen. Die Anleger setzen mit dem US-Präsidenten Bush auf Krieg. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die Aktionäre täuschen wie bei der New Economy.

Reflexion statt Reflex

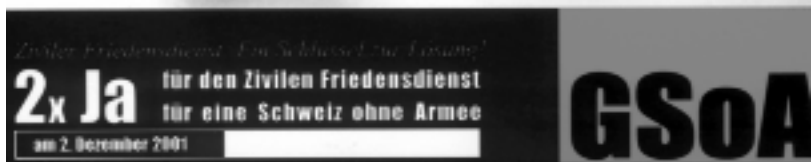
Die GSoA und die anderen Friedensbewegten dieses Landes stehen nach dem Terror in den USA vor einer paradoxen Situation. Die Reflexe vieler Menschen rufen nach allem, was Sicherheit verspricht, unabhängig davon ob es geeignet ist, Sicherheit zu bieten. Die Reflexion hingegen sagt vielerlei: Erstens kann gegen Messer, mit denen Selbstmordattentäter zivile Flugzeuge in Raketen verwandeln, keine Armee etwas ausrichten. Zweitens werden mit Gewalt Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Drittens fehlt jeder Franken, der für Waffen und Soldaten ausgegeben wird, für Bildung und Gesundheit. Und viertens werden die Attentate dazu benutzt, die Aufrüstung anzuheizen.

Vergessen wir nicht, dass die grosse Mehrheit der Waffen dieser Welt in den USA, in Grossbritannien und in Frankreich produziert werden – in Ländern, die sich für die Avantgarde der Zivilisation

Wie machen Sie eine Türe auf?



Und wie gehen wir mit Konflikten um?



halten! Bekanntlich sind Waffen Mord- und nicht Kulturinstrumente.

Der Zivile Friedensdienst

Gegen das Säbelrasseln einer Grossmacht, die selber grösste Erfahrungen im Ausüben, Trainieren und Finanzieren von Terroraktionen hat und immer noch die Todesstrafe zulässt, setzen wir die alternative Logik der zivilen Konfliktbear-

beitung. Die erste breit abgestützte Initiative «Solidarität schafft Sicherheit. Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst» (ZFD) will im In- und Ausland zum Abbau von Gewalt beitragen. Bekanntlich können Konflikte, die anfänglich noch friedlich zu lösen wären, zu Krisen und Kriegen eskalieren. Wenn sie rechtzeitig erkannt und bearbeitet werden, kann die Gewaltspirale verhindert werden. *(weiter auf Seite 10)*

(Fortsetzung von Seite 11)

Der ZFD bietet eine Grundausbildung für gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Professionell ausgebildete Friedensdienstleistende vermitteln in Konflikten, um gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern. Sie unterstützen Menschenrechtsarbeit, sind als Wahlbeobachter tätig und engagieren sich im gesellschaftlichen Wiederaufbau. Der ZFD kommt nur auf Anfrage von lokalen und internationalen Organisationen zum Einsatz und arbeitet eng mit diesen zusammen. (Siehe die drei Beispiele im Kasten.)

In Deutschland wurde ein Ziviler Friedensdienst vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) eingerichtet. In Österreich, Deutschland und Schweden arbeiten Friedensorganisationen zusammen, um einen Pool von qualifizierten Freiwilligen für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu schaffen. Das Europäische Parlament hat 1999 einen Vorstoss zuhanden der Bildung eines europäischen Zivilen Friedenscorps verabschiedet.

Schweiz mit NATO oder Schweiz ohne Armee

Die traditionellen Feinde sind der Schweiz ausgegangen. Unser Land ist von lauter EU-Staaten umgeben. Gegen Terroraktionen wie die in den USA können Armeen nichts ausrichten. Die einzige Zukunft der Schweizer Armee liegt in der Beteiligung an Auslandseinsätzen der NATO. Der NATO, die mit der Auflösung des Warschauer Paktes ihre Existenzberechtigung verloren hat, ist es gelungen, ihre grosse Konkurrenz, die UNO, im Laufe der 90-er Jahre auszubooten. Anlässlich ihres 50. Geburtstages beschloss sie, sich von einem Defensiv- in ein Offensivbündnis zu verwandeln. Sie gab sich das Recht zu sogenannten «out-of-area»-Aktionen und macht damit der UNO deren bisherige

Zuständigkeit für die Weltsicherheit streitig. Aber die NATO ist im Unterschied zur UNO kein Bund der Völker, sondern ein militärischer Sonderbund des reichen Nordwestens der Welt.

Waffenbrüder der Globalisierung

Zu den neuen Aufgaben der NATO gehört die «Vermeidung» und «Beilegung» von Krisen auch ausserhalb des eigenen Territoriums. Als Risiken gelten «Terrorakte», «Sabotage», «die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen» oder «die unkontrollierte Bewegung einer grossen Anzahl Menschen». Damit gibt sich die NATO das Recht, beispielsweise gegen die Nationalisierung von Rohstoffquellen militärisch zu intervenieren. Die geplanten Eingreiftruppen der EU, die nur im Rahmen der NATO denk- und machbar sind, haben unter anderem die Aufgabe, die Festung Europa gegen «Armutswanderung» zu verteidigen. Der globale Neoliberalismus und der globale Neomilitarismus sind Waffenbrüder.

1989, also in einer anderen Epoche, ging es der GSoA darum, die Schweiz von der Geistigen Landesverteidigung zu befreien. Heute geht es mehr ums Aussenpolitische als ums Innenpolitische. Dem Hang zu militärischen Pseudolösungen setzen wir zivile Lösungen entgegen. Wer findet, Probleme seien mit gesellschaftlicher Entwicklung von unten statt mit repressiver Kontrolle von oben zu lösen, der stimmt am 2. Dezember zweimal Ja. ■

* Josef Lang ist seit Mitte der 80-er Jahre Mitglied des GSoA-Vorstandes

Drei konkrete Beispiele zur Friedensförderung

1) Gesellschaftlicher Wiederaufbau (Projekt von Service Civil International und GSoA in Kosovo): Jugendliche aus der Schweiz und aus Kosovo bauen im kriegsversehrten Vushtrri einen Begegnungsort für Kinder und Jugendliche auf. Damit sollen auch alleinerziehende Mütter entlastet werden. Toleranz und Frieden müssen aus der Gesellschaft wachsen. Diesen Prozess können Jugendliche mit ihrem Engagement stärken.

2) Frauenarbeit (Projekt des Christlichen Friedensdienstes cfd in Israel): Die palästinensische Frauenorganisation Kayyan im israelischen Haifa kämpft gegen Gewalt an Frauen in der Familie und setzt sich für die Rechte der arabischen Bevölkerung ein. Sie organisiert ein Dialogprojekt zwischen palästinensischen Frauen aus den autonomen Gebieten und Israel. Damit kann der häuslichen und der öffentlichen Gewalt entgegen gewirkt werden.

3) Gewaltfreier Personenschutz (Projekte der Peace Brigades International in Kolumbien, Indonesien, Mexiko): Führende Leute von demokratischen Menschenrechtsgruppen werden in Krisengebieten oft verschleppt oder umgebracht. Waffenlose Begleitung durch internationale PBI-Freiwillige – wenn nötig rund um die Uhr – hilft, Entführungen und Morde zu verhindern. Gleichzeitig stärkt die intensive Kontakt- und Vermittlungsarbeit die lokale Zivilgesellschaft.

Eiskalte Entscheide

Der Schweizerische Eishockeyverband kennt eine eigene Verbandsjustiz; angesiedelt zwischen den Schiedsrichterentscheiden auf dem Eis und dem staatlichen Straf- und Zivilgesetz. Der Zuger Rechtsanwalt Heinz Tännler urteilt als Einzelrichter der Nationalliga über die Vergehen der Sportler.

von Marco Morosoli
Bild Christof Borner-Keller



Nach den Schiedsrichter-Entscheiden während des Spiels legt die Verbandsjustiz das Strafmass fest.

Die Eishockey-Meisterschaft 2001/2002 ist nicht einmal eine Runde alt, und schon bekommt der Einzelrichter der Nationalliga, Heinz Tännler, den ersten Fall zur Beurteilung zugewiesen. Der Tatort, das Eisstadion Herti, liegt nicht weit von seiner Kanzlei entfernt. Das Ereignis: In der Partie zwischen dem EV Zug und Fribourg-Gottéron stösst Fribourg-Stürmer Michel Mouthier den Zuger Pascal Müller unsanft und regelwidrig ins von Patrick Schöpf gehütete EVZ-Tor. Dafür wird er vom Unparteiischen mit einer Matchstrafe belegt. Tags darauf geht alles schnell: Schiedsrichter Brent Reiber füllt einen Rapport aus. Stunden später liegt dieser auf dem Tisch von Heinz Tännler. Dieser sperrt den Sünder für zwei Partien.

500 Schnell-Urteile jährlich

Im Schnitt landen weit über 500 Fälle pro Jahr beim Nationalliga-Richter. Nicht alle sind spektakulär, wie wenn es gilt, Reizfiguren wie Zugs Todd Elik für Fehlverhalten zu sperren. Oder die letztjährige Finalserie zwischen den ZSC Lions und dem HC Lugano mit massiven Zuschauerausschreitungen: Sie beschäftigt Tännler noch weit in den Sommer hinein. Allerdings wurde er von der Rekurskommission der Nationalliga zurückgepfiffen, welche die Stadionsperre von drei

Spielen für Lugano auf ein Spiel reduzierte; auch die Busse fiel milder aus.

Die Richtertätigkeit für die Eishockey-Nationalliga ist für den Zuger Anwalt eine willkommene Abwechslung von der Tätigkeit, mit der er sich die Existenzgrundlage schafft: Gesellschafts- und Baurecht. Zunehmend gehören auch sportrechtliche Fragen zu seinem Wirkungskreis. Ein Betätigungsfeld, das noch kaum belegt ist, aber zunehmend wichtiger wird. Was fasziniert Tännler am Richterjob: «Er ist eine Herausforderung. Ich bin der Überzeugung, dass meine Tätigkeit dem Eishockey mehr bringt als schadet, wie vielfach behauptet wird.» Vor Schnellschüssen fürchtet sich Tännler nicht: «Ich habe bei meinen Entscheiden keine Bedenken. Was ein Bild zeigt, sieht ein jeder.»

Keine Kompetenzerweiterung

Froh wäre Tännler gewesen, wenn die endgültige Spruchkompetenz bei Sperrungen von zwei auf vier erhöht worden wäre. Doch damit wird nichts. Das Eishockey-Parlament, zu dem Vertreter des Profi- wie auch des Amateursportes gehören, hat die gewünschte Erhöhung Mitte September abgelehnt. Dem superprovisorischen Massnahmeverfahren wird inskünftig direkt das ordentliche Verfahren folgen. Die Zwischenstufe mit

dem Zeitraubenden vorsorglichen Massnahmeverfahren fällt weg, womit Massnahmen gerade im Play-off schneller greifen sollten. Superprovisorische Entscheide (maximal zwei Spielsperren) sind wie im alten Reglement weiterhin nicht anfechtbar, einzig gegen die aus dem ordentlichen Verfahren resultierenden Verfügungen können die Klubs rekurren.

Handeln nach Anzeige

Aktiv wird Tännler, wenn ihm ein Schiedsrichterrapport zugestellt wird oder einer der sechs Supervisoren (eine Art «Überschiedsrichter»), die Spiele von ausserhalb des Eishockeyrinks anschauen, eine strafbare Handlung entdeckt hat. Weiterhin möglich ist auch das Einsenden eines Videos, das meistens eine Szene verewigt hat, die nicht den Regeln entspricht.

Tännler betrachtet sich trotz zahllosen Rekursen gegen seine Entscheide nicht als Prügelnabe der oft eigennützig agierenden Eishockey-Vereine: «Dies mag nur von aussen so scheinen.» Er wird von den Klubs der Nationalliga geachtet. Aber er weiss auch, dass er es nicht allen recht machen kann. ■

Filz à la zougoise

Wer macht im Kanton Zug Politik in Spitalfragen? Angesichts der Pleiten und Pannen in den letzten Jahren liegt der Schluss nahe, dass das millionenschwere Schiff orientierungslos vor dem Wind kreuzt. Wären da nicht ein paar selbsternannte Steuermänner.

**Von Michael Koller, Gastautor
Diagramme Michael Koller**

Der Gesundheitsdirektion des Kantons Zug scheint angesichts der grossen Umstellungen und der damit verbundenen turbulenten Ereignisse der letzten Jahre eine eigenständige Planung zumindest in Sachen Spital aus dem Ruder zu laufen. Dies nicht primär in Beziehung zu den selber oder vom Kantonsrat gesetzten Zielen wie Reduzierung der Spitäler, Kostendämpfung oder Privatisierung der Kantonalen Spitäler. Diese Projekte sind gemäss den vom Regierungsrat veröffentlichten Zahlen durchaus im Rahmen der vorgegebenen Richtung, wenn auch nicht ausnahmslos. Die Schwierigkeit einer eigenständigen Planung liegt, nebst politischer Führungsschwäche, in den vielfältigen, oft gegenläufigen und ineinander verzahnten Interessen verschiedener Gruppierungen und Personen, die in eigener Sache lobbyieren. Dabei bleibt das Interesse der Allgemeinheit, in dessen Dienst die Gesundheitspolitik und somit auch eine Spitalplanung stehen sollte, allzu oft auf der Strecke.

Dem Lobbying entsprechend ist das Gesundheitswesen personell stark verwoben; die selben Namen tauchen in verschiedenen Gremien auf, oder es bestehen verwandtschaftliche oder geschäftliche Verbindungen zwischen im Gesundheitswesen engagierten Personen. Dieser Filz ist gerade im Hinblick auf die politische Hygiene in einem Kanton

problematisch, der genau deswegen schon wiederholt im Kreuzfeuer der Kritik stand. Dies zeugt nicht gerade von politischer Klugheit bei einem Thema, das in der Bevölkerung eine hohe Sensibilität geniesst.

Das Diagramm auf der nachfolgenden Doppelseite versucht, die Interessenbindungen im Zuger Gesundheitswesen sichtbar zu machen, und soll in den laufenden und noch zu erwartenden Auseinandersetzungen als Orientierungshilfe dienen. Damit kann bis zu einem gewissen Grad nachvollzogen werden, wer wofür lobbyiert. (Anm. d.Red.: Es ist bewusst in der Mitte des Heftes platziert und kann leicht aufbewahrt werden)

Wenig beachtet: die Bürgergemeinden

Wichtige Spieler im Zuger Gesundheitsmonopoly sind die Bürgergemeinden, die aus einem historisch gewachsenen Zusammenhang des öfteren die Trägerschaft von Gesundheitseinrichtungen bilden.

Die Bürgergemeinde Cham war Trägerin des Chamer Bürgerasyls, bestehend aus dem Akutspital und der «Pflegi». Heute ist sie nach wie vor Trägerin des Pflegezentrums Ennetsee und zugleich Aktionärin der Klinik St. Andreas-Liebfrauenhof AG (Immobilien-gesellschaft) und der Andreaklinik AG (Betriebsgesellschaft). Letztere zusammen mit den Belegärzten der Andreaklinik. Diese Besitzverhältnisse sind deshalb von Bedeutung, weil bei der vor Jahren geäusserten Absicht des Regierungsrates, die Anzahl Spitäler zu reduzieren, die Standortfrage in den Vordergrund rückte. Und welche Gesellschaft schliesst schon gerne ihr Spital, in dem sehr viel Kapital steckt, gerade wenn es sich, wie im Fall der Andreaklinik, um einen Neubau handelt.

Dass sich die ihr nahestehenden ParlamentarierInnen, darunter auch Regula Töndury und Vreni Wicky, beides Gattinnen von Belegärzten der Klinik, für sie

stark machten, ist im Kantonsrat allgemein bekannt. Auch der CVP-Kantonsrat Leo Granziolegte sich mächtig ins Zeug, als er in Sachen Andreaklinik gegen die AF-Kantonsrätin Manuela Weichelt eine «Maulkorbklage» eröffnete (vgl. BULLETIN 1/2001).

Auch der Präsident der Kommission für Spitalfragen, FDP-Kantonsrat Hans Abicht, ist mit dem Chamer Privatspital verbunden. Er war sogar längere Zeit gleichzeitig Kommissionspräsident und Verwaltungsrat beider AGs der Andreaklinik. Dazu meint er:

Bulletin: Ihr Austritt aus den Verwaltungsräten der Andreaklinik (AKC) und der Klinik St. Andreas-Liebfrauenhof AG (KALAG) erfolgte erst nach ihrem Amtsantritt als Kommissionspräsident - Mandate, die sich ihrer Meinung nach nicht vertragen. In der Andreaklinik blieben Sie sogar noch zwei Jahre. Weshalb dauerte denn das so lange?

Hans Abicht: Das Mandat als Präsident der KALAG habe ich nach einem halben Jahr auf die GV hin niedergelegt. Im Verwaltungsrat der AKC wollte ich nicht alles stehen und liegen lassen; ich hatte noch Projekte, die ich fertig machen wollte. Im Falle der AKC wollte ich daher das Mandat bis zum Ende der Amtsdauer Ende 2000 behalten. Deshalb dauerte das etwas länger.

Bulletin: Kantonsräte aus der Alternativen Fraktion haben mir gesagt, dass Sie erst auf Druck von verschiedenen Seiten ihre Mandate abgegeben hätten und anfangs gar nicht daran dachten.

Hans Abicht: Das stimmt nicht. Ich habe bereits anfangs meiner Amtszeit als Kommissionspräsident gesagt, dass ich diese Mandate abgeben will.

Noch wichtiger: die Spitalliste

Die Lobbyarbeit scheint sich zumindest unter Gesundheitsdirektor Birchler ausbezahlt zu haben. Die Andreaklinik kam auf die Spitalliste, obwohl schon da-

Spitalplanung

mals klar gewesen sein dürfte, was im Kantonsratsbeschluss betreffend dem Projektierungskredit Ende 2000 mit aller Deutlichkeit steht: «Sämtliche Experten gehen dahin einig, dass zwei sich konkurrierende Spitalbetriebe mit Blick auf das Marktvolumen des Kantons Zug nicht sinnvoll sind.»

Zentralspital nach Baar

Ein vielleicht noch wichtigerer Mitspieler ist die Baarer Bürgergemeinde, welche in der Stiftung Spital Baar ihr Anrecht auf Mitentscheidung über zwei Vertretungen im Stiftungsrat wahrnimmt. Die Stiftung wiederum ist Aktionärin der Spitalbetriebe Baar-Zug und darüber hinaus Besitzerin jenes Landes, auf welchem das Zentralspital gebaut werden soll. Für die Stiftung ein guter Grund, sich für den Standort Baar stark zu machen – der Kanton bezahlt für das Bauland rund 10 Millionen Franken und bringt so eine willkommene finanzielle Entlastung für die Bürgergemeinde.

Nebst der CVP-Kantonsrätin Käthi Langenegger sitzt mit dem FDP-Kantonsrat Andreas Hotz ein Lobbyist erster Güte in der Stiftung. Er ist gleichzeitig Mitglied in der Kommission für Spitalfragen (KfS) und der kantonsrätlichen Staatswirtschaftskommission (Stawiko), welche unter der Führung von Toni Gügler zur treibenden Kraft in der Frage des Zentralspitals wurde. Für Hotz alles kein Problem:

Bulletin: Sehen Sie keine Interessenkollision zwischen ihren politischen und wirtschaftlichen Mandaten, zumal Sie das gleiche Sachgebiet betreffen?

Andreas Hotz: Ich sehe da kein Problem, so lange allen Beteiligten klar ist, welche Interessen ich vertrete. Es muss Ziel jeder parlamentarischen Kommission sein, dass in ihr Leute mit Fachkompetenz und direkten Erfahrungen Einsitz haben.

Bulletin: In der KfS sind sie aber nicht nur kompetentes Mitglied sondern auch Vertreter einer privaten Klinik...

Andreas Hotz: Alle Kommissionsmitglieder haben Kenntnis, dass ich im Verwaltungsrat der Klinik Meisenberg sitze und deren Interessen wahrnehme. Unser politisches Milizsystem ist darauf angewiesen, dass im Parlament die Stimmen möglichst aller Gruppierungen gehört werden. So auch diejenigen von Frauenorganisationen, Kinderhilfswerken, Umweltverbänden, Gemeinden, Industrievertretern, privaten Kliniken usw.

Bulletin: Sie machten sich beim Zentralspital für den Standort Baar stark. Als Vertreter der Stiftung Spital Baar, der Verkäuferin des Baulandes, haben Sie natürlich grosses Interesse an diesem Standort. Mit dem Geld des Kantons können Sie, wie Sie selbst sagten, das Pflegeheim ohne Aufnahme grosser Kredite sanieren. Was sagen Sie dazu?

Andreas Hotz: Jeder Parlamentarier ist in einem gewissen Umfang Interessenvertreter. So setzt sich mit grösster Wahrscheinlichkeit der Chamer Kantonsrat für eine Umfahrungsstrasse bzw. für ein Alters- und Pflegezentrum Cham ein während dem die Unterägerer Kantonsrätin sich eine optimale Erschliessung durch die Zuger Verkehrsbetriebe oder einen Unterstützungsbeitrag für die Ägerisee-Schiffe wünscht. Ein Parlament ohne Interessenvertreter ist nicht denkbar und würde auch nicht funktionieren. Wichtig ist jedoch die grösstmögliche Transparenz bei der Entscheidungsfindung.

Gügler und Bernet

Die zwei grossen Steuermänner der Zuger Gesundheitspolitik kommen jedoch aus der CVP: zum einen Toni Gügler, der mit der Motion für ein neues Kantonsspital – notabene am Standort Baar – eine Idee aus der Taufe hob, die nun unter dem monumentalen Namen Zentral-

spital verwirklicht wird. Das dreistellig millionenschwere Projekt erhitze die Gemüter wie kein anderes kantonales Bauvorhaben der jüngeren Vergangenheit. Viele Zuger fanden letztlich triftige Gründe, das bisherige Kantonsspital nicht aufzugeben, wie im Referendums-text des überparteilichen Komitees gegen den Zentralspital-Neubau zum Ausdruck kam.

Der zweite glühende Verfechter des Zentralspitals ist Willy Bernet, langjähriger Präsident der Kommission für Spitalfragen und heute Verwaltungsratsmitglied der Spitalbetriebe Baar-Zug (SBZ), der Betriebsgesellschaft des Kantonsspitals. Bezüglich der genannten Verfilzung des Zuger Gesundheitswesens war dieses Gremium im Kantonsrat bereits mehrmals Ziel heftiger Kritik, besonders in der Interpellation des FDP-Kantonsrates Heinz Tännler im März 2001. Tännler steht der Andreasklinik nahe. Anfangs September reichte er erneut eine Interpellation ein. Im Kern betreffen diese Vorstösse das Beziehungsgeflecht und die Abgeltungen innerhalb des SBZ-Verwaltungsrates sowie den Fall des entlassenen Personalchefs Erwin Zimmermann.

Willy Bernet meinte, auf den Umstand hin befragt, weshalb aus den ehemaligen Beratern der Firma H Focus plötzlich einer Verwaltungsrat und einer Spitaldirektor werden konnte, er sähe darin nur Vorteile, diese Stellen mit zwei kompetenten Personen besetzen zu können. Man habe Suter, der schon im Zürcher Neumünsterspital sehr gute Arbeit geleistet hätte, «ad personam» genommen, unabhängig seiner vormaligen Beraterfunktion. Edi Müller sei, angesichts der Schwierigkeit, gute Spitaldirektoren zu finden, für das Kantonsspital geradezu ein Glücksfall. In der Betriebskommission teilt man diese Ansicht bezüglich der fachlichen Kompetenz des Direktors.

Seltsam nur, dass die Besten immer so nahe sind. ■

Diagramm der Verflechtungen im Zuger Gesundheitswesen

Andreasklinik AG Cham (AKC)

(Betriebsgesellschaft)

Verwaltungsrat

M Josef Huwiler, Cham
(Delegierter des Bürgerrats Cham)

~~Hans Abicht~~, Zug (KR FDP); **M** bis Ende 2000

M Felix Ammann, Zürich (H-Focus)

Sek Dr. Leo Granzio, Zug (KR CVP); **M** bis Juni 2001

VP Dr. Beat Wicky, Zug (Belegarzt
Chirurgie Andreasklinik); **M** bis Juli 2001

Klinik St. Andreas-Liebfrauenhof AG (KALAG)

(Besitzerin der Andreaskliniki)

Verwaltungsrat

P Josef Huwiler, Cham

VP Dr. Beat Wicky, Zug (Belegarzt Chir. Andreasklinik)

M Franz Heggli, Cham

Sek Dr. Leo Granzio, Zug (KR CVP); **M** bis Juli 2001

~~Felix Ammann~~, Zürich (H-Focus); **D** bis Dez. 2000

~~Hans Abicht~~, Zug (KR FDP); **P** bis Juni 1999

Bürgergemeinde Cham

*(Trägerin des Pflegezentrums Ennetsee;
Aktionärin der Andreasklinik AG, entsendet Verwaltungsräte)*

Bürgerrat

P Franz Heggli, Cham
Josef Huwiler, Cham (Delegierter für Spitalfragen)

Kommission für Spitalfragen (KfS)

*(Nicht-ständige Kommission des Kantonsrats mit Dauerauftrag:
Planungsaufgaben im Gesundheitswesen)*

P Hans Abicht, Zug (KR FDP)

M Andreas Hotz, Baar (KR FDP)

M Regula Töndury, Zug (KR FDP);
(Ehemann Gian Duri ist Belegarzt der Andreasklinik)

M Vreni Wicky, Zug (KR und Stadträtin CVP);
(Ehemann Beat Wicky ist VP des Verwaltungsrats
der AKC und der KANAG sowie Belegarzt
Chirurgie Andreasklinik)

M Peter Dür, Steinhausen (KR FDP);
(leitender Arzt Kantonsspital)

M Käthi Langenegger, Baar (KR CVP);
(Präsidentin Bürgerrat Baar)

8 von insgesamt 17 Mitgliedern

Staatwirtschaftskommission

*(Beurteilt alle Geschäfte des Kantonsrats, die finanzielle
Auswirkungen haben; gilt als wichtigste Kommission des KR)*

P Toni Gügler, Zug (KR und Stadtrats-Vize CVP)

M Andreas Hotz, Baar (KR FDP)

*2 von insgesamt 7 Mitgliedern (15 Mitglieder in der
erweiterten Staatwirtschaftskommission, die zweimal im Jahr
für Budgetverhandlungen zusammenkommt)*

Pflegezentrum Ennetsee AG, Cham

(Betrieb des Pflegezentrums)

P Franz Heggli, Cham

Del Josef Huwiler, Cham

Gesundheitsdirektion Kanton Zug

Direktionsvorsteherin
Monika Hutter-Häfliger, SP

Direktionssekretär
Andreas Schwarz

Spitalbetriebe Baar-Zug AG (SBZ)

(Betreiberin des Kantonsspitals Zug; gehört gemäss Aktienkapital zu 93,75 Prozent dem Kanton)

Verwaltungsrat

P Dr. Kurt Reichlin, Zug (Kanzlei mit Peter Hess)

M Carlo von Ah, Hünenberg (Schwager von Peter Hess)

M Dr. Jürg Suter, Zollikon (H-Focus)

ZB Edi Müller, Erlenbach (Vorsitzender der Spitalleitung, Direktor. Bis vor kurzem im Verwaltungsrat der Beraterfirma H-Focus)

M Willy Bernet, Cham
(vor Hans Abicht Präsident der Kfs)

H Focus AG Management im Gesundheitswesen

(Beratungsleistungen im Gesundheitswesen)

P Felix Ammann, Zürich

M Dr. Jürg Suter (vormaliger Geschäftspartner:
Edi Müller, Direktor Kantonsspital)

Top Fifty AG

(Beziehungsnetz der über 50-jährigen Manager)

P Carlo von Ah, Hünenberg

M Dr. Jakob Roost, Bülach (hatte Mandat für die GAV-Verhandlungen der SBZ)

Stiftung Spital Baar

(Besitzt Land und Immobilien des ehemaligen Baarer Akutspitals und des Pflegeheims)

Stiftungsrat

VP Toni Gügler, Zug (KR und Stadtrats-Vize CVP)

ZB Andreas Hotz, Baar (KR FDP)

Bürgergemeinde Baar

(Hat Anspruch auf zwei Sitze im Stiftungsrat der Stiftung Spital Baar)

Bürgerrat

P Käthi Langenegger, Baar (CVP)

M Andreas Hotz, Baar (KR FDP);
Delegierter in der Stiftung Spital Baar




Klinik Meisenberg AG

(Betreiberin Meisenberg)

Verwaltungsrat

M Andreas Hotz, Baar (KR FDP)

Legende

P Präsident	 Privates Unternehmen
VP Vizepräsident	 organisationsprivatisiert
M Mitglied	 Politisches Gremium
ZB ZeichnungsberechtigteR	
D Direktor	
Del Delegierter mit Sonderaufgaben	
Sek Sekretär	

Die in den Gremien aufgeführten Personen sind nach folgenden Kriterien ausgewählt: Personen mit politisch-privatwirtschaftlichen Doppelfunktionen oder solche, deren Mandate mit möglichen Interessenkonflikten verbunden sind. Dabei sind auch verwandtschaftliche oder geschäftliche Beziehungen berücksichtigt. Zudem sind auch Personen angeführt, die für die Gesundheitspolitik relevante Ämter bekleiden und solche, die als treibende Kräfte in der Zuger Gesundheitspolitik gelten.

Quellen: Handelsregister der Kantone Zug und Zürich; Orell Füssli Wirtschafts-CD-ROM; Staatskalender des Eidg. Standes Zug.

15 Jahre erfolgreiche Fahrt auf Gleis 3

Vor 15 Jahren bildete sich Gleis 3 neben CVP und FDP als dritte Partei in der Gemeinde Risch. Die Mitglieder verstehen sich als Arbeitsgruppe und politisieren offen, ehrlich und verlässlich.

**Von Claudine Anderhub-Reifler, Vorstand Gleis 3 und Doris Thalmann-Locher
Bilder Gleis 3**

Was Ende 1985 mit dem Gedanken begann, Politik ausserhalb des bürgerlichen Bereiches zu betreiben, hat in kurzer Zeit zur politischen Arbeitsgruppe Risch Gleis 3 geführt. Die kleine Gruppierung ist keiner grossen «Mutterpartei» verpflichtet. So hat sie die Möglichkeit, sich vermehrt lokalen Themen zu widmen.

Gleis 3 spürt, was in Gesellschaft und Familien aktuell ist und kann darauf reagieren. Dies ist sicher eines der Erfolgsrezepte der Gruppierung, Engagement und Hartnäckigkeit ein anderes.

Sofortiger Wahlerfolg

Schon bei der ersten Wahlteilnahme der Gleiser 1986 wurde Thomas Kumpetra, 21-jährig, als jüngstes Mitglied des Gemeinderates gewählt. Von da an konnte Gleis 3 mit Daniel Zülle und Ulrich Amsler ununterbrochen einen Sitz im Gemeinderat halten. Der Erfolg im Kantonsrat wurde vier Jahre später mit der Wahl von Urs Hausherr und später mit Anne Ithen (bis heute) erreicht. Nach zehn Jahren Co-Präsidium von Christine Hausherr-Lustenberger und Joseph Bürger wurde 1996 Hanni Schriber-Neiger einstimmig zur Präsidentin von Gleis 3 gewählt.

Gleis 3 engagiert sich besonders für die Themen Umwelt/Verkehr, Familie/Integration und Schule. Immer wieder sind es GleiserInnen, die sich für wichtige Veränderungen in der Gemeinde einsetzen und Vorarbeit leisten.



Forderungen nach Tempolimiten und sicheren Schulwegen werden von Gleis 3 unterstützt.

Verkehr

Anfang 1986, in der Gründungszeit, reicht Gleis 3 eine Motion für einen Radweg Rotkreuz-Buonas ein. Dieses Thema wird beharrlich verfolgt. Die Fertigstellung des Radweges im Herbst 2000 ist sicher nicht zuletzt der Hartnäckigkeit von Gleis-3-Kantonsrätin Anne Ithen zu verdanken.

Familie

1987 veröffentlicht Thomas Kumpetra eine Studie zur Situation der Jugend in der Gemeinde Risch. Damals wurde die Anstellung eines Jugendarbeiters abgelehnt. 1990 kann der Jugend-Treff eröffnet werden.

Was 1994 durch eine Interpellation von Gleis 3 für familienergänzende Massnahmen beginnt, führt 1999 zur Eröffnung des Chinderhuus in der Langmatt mit Kinderkrippe, -hort und Mittagstisch.

Integration

Unter Mitwirkung von GleiserInnen organisiert die ELG Risch (Eltern-LehrerInnen-Gruppe) seit Anfang 1999 Deutschkurse mit Sozialinformationen für fremdsprachige Frauen mit Kindern im Vorschul- oder Schulalter. Dieses Engagement erhielt am Lernfestival 1999 den nationalen Sonderpreis «Ethik und Werte».

Umwelt

1987 regt Gleis 3 zur Bildung einer Umweltkommission an. Unter Mitarbeit von GleiserInnen führt 1988 ein neues Kehrrechtreglement dazu, dass Risch die erste Gemeinde im Kanton Zug mit Sackgebühr wird.

1994 leistet die Umweltkommission unter Leitung von Daniel Zülle gute Arbeit, als sie ohne Beratung von aussen in eigener Regie einen Umweltbericht für die Gemeinde erstellt.

Partei-Jubiläum



Hecken pflanzen und hegen – Gleis 3 setzt sich nicht nur auf dem Papier für die Umwelt ein.



Gleis 3 setzt sich mit vielen Aktionen für die Meinungsbildung in der Bevölkerung ein.

Gleis 3 war bei verschiedenen Vorstössen der Zeit voraus. Es gäbe noch viel zu berichten, unter anderem über den Bus Nr. 16 nach Küsnacht, den Naturschutz beim Golfpark oder über die Schulhausplanung.

Das Engagement von Gleis 3 ist für die Gemeinde Risch und den Kanton Zug auch in Zukunft wichtig. Die Mitglieder von Gleis 3 zählen darauf, dass sich die gute Basisarbeit in den Kommissionen bei den nächsten Wahlen auswirkt. ■



Radwegende 1997 – heute führt der Radweg bis Buonas.

Wer hat das Grösste im ganzen Land?

Dem Bericht zum Bebauungsplan ist zu entnehmen, dass ein Bedürfnis bestehe, das EKZ auszubauen. Diese Schlussfolgerung ist aus der Sicht der Frischen Brise Steinhausen ausschliesslich umsatz- und gewinnorientiert! Die zusätzlichen «EinkaufstouristInnen», die der Ausbau bewirken wird, bringen dem EKZ (Migros) mehr Umsatz und Gewinn, der Zuger Bevölkerung jedoch vor allem mehr Verkehr, mehr Lärm und eine noch schlechtere Luftqualität!

Von Markus Burger, Frische Brise, Steinhausen, Ressort Lebensraum

«Aus der Entwicklung des Umsatzes, der Grösse des durchschnittlichen Einkaufes und den hohen Frequenzen an Freitagen und Samstagen lässt sich klar ableiten, dass der Wocheneinkauf im Einkaufscenter heute einem weit verbreiteten Bedürfnis entspricht.

Ebenfalls aus der Umsatzkurve lässt sich herauslesen, dass die Attraktivität des EKZ seit Mitte der neunziger Jahre stagniert. Dies bedeutet nichts anderes als dass der Plafond für das heutige Center erreicht ist und dass die Kundschaft seit etwa fünf Jahren vermehrt in den umliegenden Zentren einkauft. Mit einem zeitgemässen und abgerundeten Angebot kann das EKZ wieder einen grösseren Anteil an der Versorgung der Bevölkerung aus der Region direkt in der Region übernehmen und so dazu beitragen, dass auf längere Anfahrtswege in andere Center verzichtet wird.»

(aus: Bericht zum Bebauungsplan Punkt 3.4 Versorgung der Bevölkerung)

Diese Sicht hat mehr mit Verdrängen der Detailgeschäfte und Übernehmen von deren Marktanteilen als mit der Versorgung der Bevölkerung zu tun! Die Bevölkerung im Kanton Zug leidet nicht an

Versorgungsengpässen und kann alles innerhalb der Kantons Grenzen einkaufen, vieles sogar näher als im EKZ. Grundsätzlich geht es doch darum, weiterhin in der näheren Umgebung des Wohnortes einkaufen zu können. Die zusätzlichen «EinkaufstouristInnen», die der Ausbau bewirken wird, bringen dem EKZ (Migros) mehr Umsatz und Gewinn, der Zuger Bevölkerung jedoch vor allem mehr Verkehr, mehr Lärm und eine noch schlechtere Luftqualität! Die Gefahr, dass noch mehr Detailgeschäfte im Kanton eingehen werden, ist nicht von der Hand zu weisen! Würden vorwiegend Personen aus dem Kanton Zug im EKZ einkaufen, wäre die Verkaufsfläche heute sicher nicht zu knapp.

Die geplante Verdoppelung der Verkaufsfläche und Erhöhung der Anzahl Gratisparkplätze würde vermutlich die vorhergesagte, gewaltige Umsatzsteigerung der Migros durch Einkaufstourismus aus den umliegenden Kantonen ermöglichen. Ein eigentliches Bedürfnis der Zuger Bevölkerung wird nach unserer Sicht durch diese Verdrängungsmethode nicht abgedeckt.

Was meint der betroffene Gemeinderat dazu?

Eine Arbeitsgruppe «Ausbau Einkaufszentrum Zugerland» in der die Ortsparteien von Steinhausen, der Gewerbeverein und diverse Kommissionen vertreten waren, analysierten unter dem Vorsitz von Gemeindepräsident Urs Marti, die Auswirkungen des Ausbaues unter verschiedensten Gesichtspunkten wie: Detailhandel in Steinhausen, Umwelteinflüsse und Rahmenbedingungen, Verkehrsaufkommen, Parkplatzbewirtschaftung und vieles mehr.

Im Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe vom Februar 1998 ist unter Schlussbemerkungen zu lesen: Eine Erweiterung des EKZ ist zum heutigen Zeitpunkt nicht erwünscht, da die Ein-

flüsse auf Steinhausen negativ sind (mit 8 zu 2 Stimmen).

In einer Pressemitteilung vom 9. März 2000 hingegen nimmt der Gemeinderat zum EKZ Stellung und hält unter anderem Folgendes fest:

- die Verkaufsfläche soll um max. 60 bis 70 % erhöht werden;
- die Parkplatzzahl soll auf max. 1150 erhöht werden;

Offenbar scheut der Gemeinderat eine Grundsatzdebatte und schränkt das Projekt vorerst minimal ein.

In einer weiteren Pressemitteilung des Gemeinderates vom 5. Oktober 2000 sind neu plötzlich 1350 Parkplätze erhalten. Wurden da über Nacht Wünsche der Migros berücksichtigt? Strategisch optimal zum Sommerferienstart (29. Juni bis 29. Juli) lag der Bebauungsplan öffentlich auf.

Fazit daraus: Es wurde die Verkaufsfläche verdoppelt, die Zahl der Parkplätze wird wie erwähnt erhöht und auf eine Bewirtschaftung wird verzichtet. Es wurde weitgehend alles umsatz- und gewinnorientiert zugunsten der Migros entschieden. Kriterien, Empfehlungen und Anliegen der Arbeitsgruppe EKZ (siehe Punkt a) sind nirgends enthalten oder gar umgesetzt.

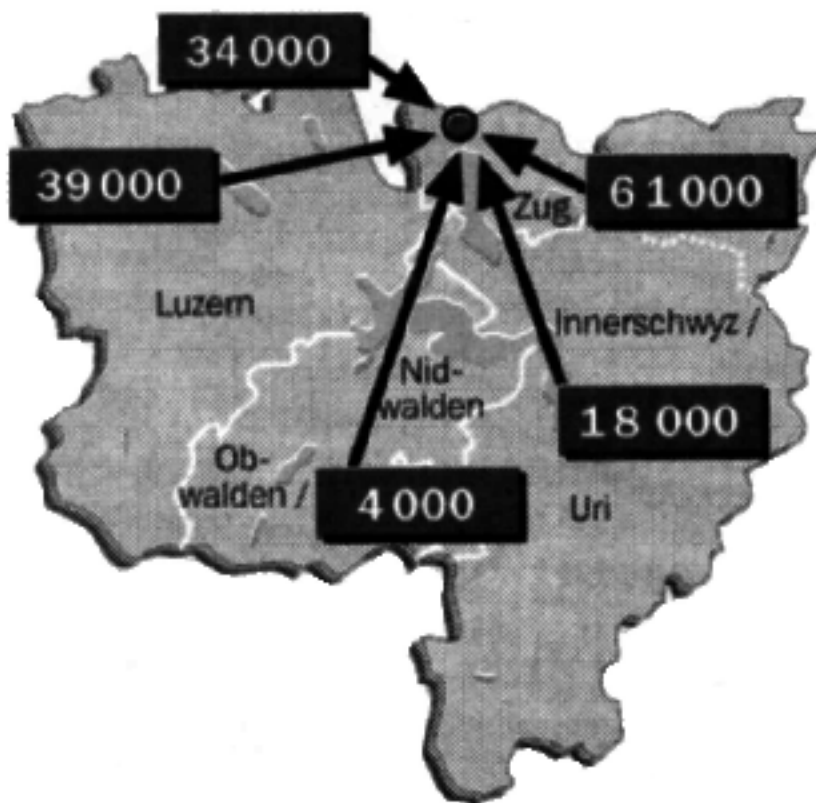
Ein Bauprojekt mit bester Empfehlung des Gemeinderates Steinhausen! Wie und warum sich der Gemeinderat plötzlich zum «Interessenvertreter» der Migros mauserte und wieso er die Interessen der Steinhauser Bevölkerung bezüglich Wohnqualität und Ökologie ohne Begründung übergeht, bleibt wohl für immer ein Geheimnis!

Folgen für die Zuger Bevölkerung

- Verstopfte Strassen, speziell bei Staus auf Autobahn und Hauptstrassen.
- Es werden viele Schleichwege zum EKZ aggressiver und häufiger befahren werden.
- Lärm durch Mehrverkehr auch in ruhi-

Einkaufszentrum Zugerland

Kunden des Einkaufszentrums Zugerland in Steinhausen 1999



Anzahl KundInnen, die 1999 mindestens 1-mal das EKZ besuchten: 156 000.

Zuger Kunden: 61 000

Kunden der angrenzenden Zentralschweizer Kantone: 95 000.

Quelle: Neue Zuger Zeitung; Donnerstag, 13. April 2000

geren Zonen (z.B. Blickensdorf–Steinhausen–EKZ).

- Weniger Fachgeschäfte mit entsprechendem Fachpersonal.
- Noch stärker belastete Luft in einer Umgebung, die bisher schon schlecht war.

Auch der UVB zeigt auf (Punkt 3.2.2 Verkehrsemissionen), dass das Projekt mit einer massiven Verkehrszunahme und deren Folgen verbunden ist.

- Mehr EinkaufstouristInnen mit grossen Anfahrwegen, die alles auch in Ihrer Nähe einkaufen können.

• Vorteile bezüglich Wohnqualität haben wir keine erkennen können!

- Berücksichtigung der Anliegen der «Arbeitsgruppe Ausbau EKZ» haben wir auch nicht erkennen können.

• Einer der grössten arbeitgebenden Betriebe im Kanton Zug entschädigt das Personal (vom Kader abgesehen) lediglich mit Minimallöhnen.

- Steuerabgaben der Migros im Kanton Zug sind minimal.

• Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gehen ausschliesslich zu Lasten des Kantons Zug / der Gemeinde Steinhausen.

- Evtl. Massnahmen gegen die Verschlechterung der Wohnqualität in der Umgebung (z.B. Parkplatzbewirtschaftung) werden erst nach vier Betriebsjahren ernsthaft geprüft.

Da die Frische Brise mit dem Ausbau in dieser Dimension nicht einverstanden ist, hat sie fristgerecht eine Einsprache mit den Hauptsorgen zu diesem Projekt eingereicht.

Die Frische Brise empfiehlt der Steinhauser Bevölkerung an der kommenden Urnenabstimmung dieses Projekt in dieser Form abzulehnen. ■

Salomitaktische Ausweitung der Ladenöffnungszeiten

Vier Jahre nachdem die Zuger Stimmberechtigten verlängerte Ladenöffnungszeiten abgelehnt haben, gibt das Thema im Kantonsrat wieder zu reden. Die bürgerliche Ratsseite verlangt fünf zusätzliche Wochenstunden gegenüber der 1997 abgelehnten Vorlage beziehungsweise 12 zusätzliche Wochenstunden gegenüber dem heute geltenden Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz. Ein erneutes Referendum dürfte die Folge sein.

Von Ruth Wyss, SGA-Kantonsrätin, Baar

Exponenten der «Partei der kleinen Leute», der SVP, haben eine Motion zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten eingereicht. Diese Vorlage bringt gegenüber dem heute geltenden Gesetz das Verkaufspersonal, den Detailhandel und die Bevölkerung in den fraglichen Genuss von zwölf zusätzlichen Ladenöffnungsstunden. Im Kantonsrat wurde fast ausschliesslich von linker Seite, mit 10 gegen 54 Stimmen, für Nichteintreten auf diese Vorlage plädiert, leider fast ohne SP-Unterstützung. Von Seiten der Liberalisierer wurde unser Kanton als Nichtliberalisierungsinsel bezeichnet. Zwei Detaillisten wiesen auf die Problematik der Kleinbetriebe hin.

Nachfolgend ein Auszug aus meinem im Rat gehaltenen Votum:

«Vor ziemlich genau vier Jahren hat das Zuger Stimmvolk, mit mehr als 60% Neinstimmen, eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Nachdem wir erst vor zwei Jahren zwei verkaufsoffenen Sonntagen zugestimmt haben, wird mit diesem erneuten Vorpurrellen unsere damals gezeigte Kompromissbereitschaft schamlos ausgenutzt. Unverfroren wird hier eine Ausweitung der La-

denöffnungszeiten gefordert, die noch über die Vorschläge der vom Volk abgelehnten Vorlage hinausgeht. Die Alternative Fraktion ist deshalb für Nichteintreten auf die Vorlage.

Personal ohne ausreichenden Vertragsschutz

Noch immer gibt es im Bereich des Detailhandels nur vereinzelt Arbeitsverträge. Aus unserer Sicht darf eine Diskussion über eine weitere Ausweitung der Ladenöffnungszeiten erst dann stattfinden, wenn ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) allgemein verbindlich ist oder zumindest Verhandlungen darüber laufen. Weder von Arbeitgeber noch von kantonaler Seite wurden jedoch Anstrengungen dahingehend unternommen, was ich sehr bedauere.

Bei dieser weiteren Deregulierung stünden die mehrheitlich weiblichen Verkaufspersonen noch schutzloser da, kennt das neue Arbeitsgesetz die entschädigungs- und bewilligungslose

Abendarbeitszeit bis 23.00 Uhr. Schon heute sind die Arbeitszeiten verhältnismässig hoch und die Löhne entsprechen selten den anstrengenden Arbeitsbedingungen und effektiven Arbeitsleistungen. Auch der Bereich Detailhandel kennt Löhne, die das Existenzminimum nicht mehr sichern. Vor zu tiefen Löhnen und der zunehmenden, sozial meist schlecht verträglichen Arbeit auf Abruf schützt auch das in den Berichten erwähnte Arbeitsgesetz nicht.

Kleinbetriebe im Nachteil

Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr, dass sich vor allem Grossverteiler lange Öffnungszeiten leisten können und so kleinere Fachgeschäfte weiter verdrängen. Die Kleinen geraten durch die Grossen unter Druck und mit ihnen ihre Fachangestellten. Die durch die langen Öffnungszeiten provozierten unterschiedlichen Ladenöffnungen erweisen sich als nicht kundenfreundlich und drängen die Kundschaft zusätzlich in die Grosszen-

Chronologie der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten im Kanton Zug

1974: Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz, werktags von 6.00 bis 19.00 Uhr, 1 Abendverkauf pro Woche bis 21.00 Uhr, samstags bis 17.00 Uhr.

März 1995: Motion Hodel (FDP) zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Sept. 1997: Referendum der Zuger Linken mit hoher Stimmenzahl zustande gekommen.

Nov. 1997: Das Volk lehnt die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten mit mehr als 60% Neinstimmen ab. Vorlage: 2 Abendverkäufe bis 21.30 Uhr, 2 verkaufsoffene Sonntage, samstags bis 19.00 Uhr.

Dez. 1999: Der Kantonsrat stimmt der Öffnung der Verkaufsgeschäfte an 2 öffentlichen Ruhetagen im Dezember zu.

Mai 2000: Motion Villiger und Betschart (SVP): «An Werktagen werden die Beschränkungen in Bezug auf die Öffnungszeiten der Geschäfte aufgehoben.»

August 2001: Erste Beratung der Regierungsvorlage im Kantonsrat. Öffnungszeiten werktags 6.00 bis 20.00 Uhr und vor öffentlichen Ruhetagen bis 18.00 Uhr. Der Gemeinderat kann die Verlängerung der Öffnungszeiten um 1 Stunde bewilligen. Das heisst faktisch: Öffnungszeiten von 6.00 bis 21.00 Uhr werktags beziehungsweise bis 19.00 Uhr vor öffentlichen Ruhetagen. Zwei verkaufsoffene Sonn- und Feiertage pro Jahr (bis anhin im Dezember).



Konsum anheizen um jeden Preis

ten. Die Detaillisten sitzen am kürzeren Hebel, die beantragte Gesetzesänderung bevorzugt einseitig die Grossverteiler.

Entscheidung beim Parlament, nicht beim Regierungsrat

Die Ausweitung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten braucht eine breite Diskussion, wie sie nur im Parlament möglich ist. Es geht hier letztlich um die Gestaltung unseres sozialen Lebens.

Die Alternative Fraktion ist der Überzeugung, dass mit Diskussionen über die Ladenöffnungszeiten letztlich über gesellschaftlich sehr gewichtige Güter wie Sonntage, Freizeit und Ruhe debattiert wird. Da solche Entscheide grosse Auswirkungen für weite Bevölkerungskreise haben und unser gesellschaftliches Leben stark beeinflussen, sind wir der Meinung, dass das Parlament als Volksvertretung solcherart Entscheide fällen muss. Schwierig ist zudem die Interpre-

tation des Absatzes 3 von Paragraph 3, wo es heisst: «sofern für breite Bevölkerungskreise ein Bedürfnis besteht». Denn wir kennen die offiziell vom Kantonsrat vor vier Jahren erfolgte Interpretation eines solchen Volkswillens. Dank Referendum hatte das Volk damals aber anders entschieden.

Heutige Ladenöffnungszeiten beibehalten

Im Kommissionsbericht steht der Satz: «Mit längeren Öffnungszeiten wird die Belastung des Personals zunehmen, allerdings können durch flankierende Massnahmen Missbräuche vermieden werden.» Zweierlei Dinge sind hier festzuhalten: 1. Es würde mich interessieren, welche flankierenden Massnahmen hier gemeint sind, um Missbräuche wirksam zu verhindern. 2. In der Realität, in Zürich zum Beispiel, werden Entschädigungen selten bis gar nicht ausbezahlt,

und die Arbeitszeiten des Verkaufspersonals haben sich teilweise massiv verschlechtert. Im Kanton Zürich können die Läden von Montag bis Samstag von 6.00 bis 23.00 Uhr offen halten. Das neue Arbeitsgesetz zeigt schon seine Wirkung. Abendarbeitszeit wird nun als normale Arbeitszeit gewertet.

Die Zuger Bevölkerung hat 1997 Nein zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten gesagt. Dies nicht zuletzt aus Solidaritätsgründen mit dem Verkaufspersonal und den kleinen und mittelgrossen Fachgeschäften. Bei einer von der Neuen Zuger Zeitung neulich durchgeführten Passantenbefragung waren diese Argumente wieder mehrfach hörbar. Ist dies vielleicht ein Zeichen, dass es sich lohnt, nochmals für diese sozialen Errungenschaften zu kämpfen und die Bevölkerung darüber entscheiden zu lassen?» ■

Viele viele (private) Parkplätze

Was ist zahlenmässig im Verkehrsbereich im Kanton Zug in den letzten zehn Jahren am stärksten gewachsen?

Die Autos? Der Verkehr? Die Buspassagiere? Die Papiermenge mit Plänen und Konzepten? Nein - das Parkplatzangebot in der Stadt Zug.

Von Martin Stuber, SGA, Mitglied der Fraktion SGA/Parteilose im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug (GGR)

Die öffentliche Resonanz stand in umgekehrtem Verhältnis zur verkehrspolitischen Brisanz - sie war praktisch Null. Seit Jahrzehnten zelebrieren bürgerliche Politikerinnen das gleiche Dogma: wir hätten in der Stadt Zug zu wenig Parkplätze. Und nun das! Zwischen 1991 und 2001 ist die Zahl der Parkplätze in der Stadt Zug von 21'200 auf über 27'000 gestiegen* - bei einer Bevölkerungszahl, die bei rund 22'000 stagniert. Und auf 13'800 Haushaltungen trifft es pro Haushaltung rund zwei Parkplätze!

Das entspricht einem Wachstum von rund 28% innert zehn Jahren. Interessant dabei ist, dass dieses Wachstum weitgehend

auf das Konto privater Parkplätze geht. Die Zahl der öffentlichen Parkplätze hat nur um 410 zugenommen. Damit hat sich das eh schon ungünstige Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Parkplätzen zugunsten der privaten verschoben und liegt bei 85% (1991 = 82%).

Parkplatzbewirtschaftung erschwert

Die Relation zwischen privaten und öffentlichen PP ist von Bedeutung für die Wirksamkeit der Parkraumbewirtschaftung, die nur für die öffentlichen PP gilt. Angesichts des kleinen Anteils öffentli-

cher Parkplätze kann von einer verkehrlenkenden Wirkung der Parkplatzbewirtschaftung keine Rede mehr sein. Umso wichtiger wäre ein griffiges PP-Reglement.

Schleusen auf!

Nach langem Zuwarten brachte der Stadtrat im Herbst 2000 das neue Parkplatzreglement in den GGR. Es hätte den längst fälligen Paradigmenwechsel gebracht, indem vom Dogma des uneingeschränkten Parkplatzangebotes abgerückt wurde. Neu wäre ein nach Zonen abgestufter Grenzbedarf festgelegt worden, der u. a. die Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr berücksichtigte. Nicht angetastet wurde die Erstellungspflicht für Parkplätze.

Reglemente werden jeweils in einer Spezialkommission vorberaten. Unsere Fraktion ahnte, dass in der Parkplatzfrage mit den bürgerlichen Hardlinern zu rechnen war und versuchte, bei der Bestellung der Kommission ein Zeichen zu setzen. Die Ratslinke sollte zwei von sie-

schriftlichen Vorschläge des Stadtrates rausgekippt, die Kommission verpasste es auch, ein Update des PP-Inventars zu verlangen und die verkehrsmässigen Auswirkungen zu prüfen.

Unser massiver Einsatz während der Behandlung im Rat mit einer ganzen Reihe von Anträgen lohnte sich insofern, als dann wenigstens diese Versäumnisse zwischen erster und zweiter Lesung nachgeholt wurden. Am Ergebnis änderte sich leider nichts. Die Anzahl der Parkplätze als wichtigster Generator von Verkehr in der Stadt Zug bleibt de facto nach oben unbeschränkt, mit schlimmen Folgen für die Lebensqualität in der Stadt.

Bürgerliche gegen Markt

Besonders pikant war die Reaktion des Rates auf unseren Antrag, die Erstellungspflicht für Parkplätze zu streichen. Wir argumentierten konsequent mit dem bürgerlichen Argument, «dass der Markt spielen soll», was denn auch einige Verunsicherung in den bürgerlichen Reihen auslöste. Die Mehrheit von FDP,



ben Sitzen besetzen können. Falls der Rat uns nur einen zugestehen würde, hätte sich die Linke aus Protest nicht beteiligt. Damit wäre die öffentliche Diskussion wirksam lanciert worden. Leider verhinderte das Veto der SP-Fraktionschefin Elsbeth Müller die Aktion in letzter Minute...

Schwache Kommission

Die Arbeit der Kommission (mit einem SP-Vertreter und sechs Bürgerlichen) übertraf die schlimmsten Befürchtungen. Nicht nur wurden alle fort-

CVP und SVP entschied sich schliesslich für das Parkplatzdogma...

Als Hoffnung bleibt noch der Kanton. Im neuen Teilrichtplan Verkehr wird als eine der flankierenden Massnahmen ein kantonales PP-Reglement aufgeführt. Ob der Kantonsrat vernünftiger sein wird, als der GGR? ■

** Parkrauminventar 1991, Planungsbüro Jud AG und Vorlage 1519.3 / 2. Lesung Parkplatzreglement vom 22.5.2001 Erhältlich auf der Stadtkanzlei Zug.*

Kein neues Schulmodell um jeden Preis

So viele stadtpolitische Sandkörner wie vor und nach der Abstimmung um die Halbtageschule in der Stadt Zug wurden schon lange nicht mehr herumgewirbelt. Die Abstimmenden liessen die Parolen aller Parteien links liegen und erteilten dem Projekt Halbtageschule eine Abfuhr, knapp, aber um so schmerzhafter für die BefürworterInnen. In beiden Lagern, dem der BefürworterInnen sowie dem der GegnerInnen, wurde gerätselt, wie ein solcher politischer Erdbeben möglich war.

Von Patrick Cotti, parteilos, Mitglied GGR-Fraktion SGA/Parteilose

Die Meinungsbildung selbst in unserer Fraktion war nicht einfach. Dabei liegt die Schwierigkeit insbesondere an der damals schlechten und unprofessionellen Informations- und Diskussionspolitik des Schulamtes: Wenn äussere Formen geändert werden, dürfen die inneren nicht vergessen werden; sprich: wenn Schulzeiten verändert werden sollen, tangiert dies primär Vorstellungen von Familienmittagstisch, Kinderbetreuung, Lern- und Aufnahmefähigkeit der Kinder und so weiter. Es läge auf der Hand, dass sich die Schule mit der Elternschaft grundsätzlich ernsthaft darüber austauscht und auch die Betroffenen des Projektes (hier die Eltern- und Lehrerschaft des Burgbachschulhauses) in die Planungen einbeziehen müsste. Neben berechtigten Zweifeln gegenüber dem vorliegenden Halbtageschulprojekt gab es einige Unbekannte (Ort des Mittagstisches, Aufnahmekapazitäten der Kinder, Kosten, Einfluss auf bestehende Familienorganisationen, Einbe-

zugsmöglichkeiten von Eltern etc.), die, wären sie öffentlich besprochen worden, viel des generellen Unmuts vermindert hätten. Insbesondere hätten geringfügige Veränderungen des projektierten Schulmodells wohlmöglich zur Durchsetzung dieses Modells geführt.

Zweifellos unterstützen alle Beteiligten Verbesserungen. Niemand hätte etwas gegen die Einführung eines Mittagstisches einzuwenden, sei es, damit die Kinder den ganzen Tag betreut wären (System Tagesschule), oder sei es, damit die Familien resp. die Alleinerziehenden tageweise Entlastung hätten. Niemand hat etwas gegen die Erweiterung von Blockzeiten, solange diese auch mehr Sinn bietet, neben denjenigen, die eine schweizerische Neuigkeit einführen wollen oder sich am finanziell möglichst tiefen Aufwand für die Stadt orientieren.

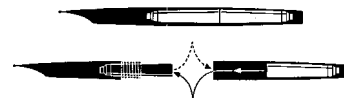
Modell für Reiche

Das vorliegende Modell der Halbtageschule war – mit all seinen Vorteilen – ein Modell für Reiche: der Halbtagesverdienst eines Elternteils hätte bei drei Kindern zur Begleichung der Kosten für den Mittagstisch beigezogen werden müssen. Dies ist dem Schulamt nur zu einem Teil bewusst, hier liegt nämlich der Ursprung der zu führenden Diskussion. Bei den Staatsschulen funktioniert es nicht wie bei der Rudolf-Steiner-Schule oder der städtischen Tagesschule, wo die Eltern (fast) jeden Preis für die bewusst gewählte Schulform zahlen. Die Stadt muss grundsätzlich die Finanzierungsbeteiligung von alleinerziehenden Elternteilen sowie von Eltern, die sich durch den Verdienst beider eine durchschnittliche (Über-) Lebensgrundlage erarbeiten können, neu überdenken, insbesondere dem heute neuen Druck – wonach die Mittagstischkosten erhöht werden sollen – nicht nachgeben, und für die Staatskasse kostspieligere

Varianten überprüfen. Zweifellos hat die Wirtschaft der Schule mehr Aufgaben übergeben, dies ist ein Faktum (auch wenn keine Wunschvorstellung von Lehrerschaft und an der Schule interessierten Eltern). Dort, wo Eltern Aufgaben nicht der Schule übergeben wollen, sollten sie nicht durch organisatorisch unkluge Modelle bestraft werden (Mittagstisch zu Hause).

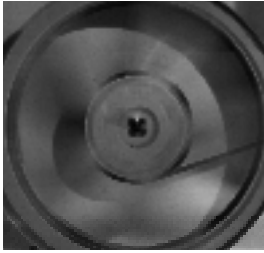
Unsere Forderung

Der Druck, der von Wirtschaft und Gesellschaft auf den Alleinerziehenden und Familien liegt, muss bei der Veränderung von schulischen Angeboten gesehen werden. Unsere GGR-Fraktion fordert deshalb neben der Erweiterung der Blockzeiten (in einem Rahmen, der auch herkömmliche Familienmodelle, die ihren «bewährten» Betreuungsaufwand leisten, einbezieht), die Schaffung von weiteren Mittagstisch-Angeboten und die Schaffung einer zweiten Tagesschule für die Stadt. Dies aber unter der Voraussetzung, dass der Staat die Ko-



sten so auf finanziell schwächere Elternteile oder Eltern überwältigt, dass zwischen dem wirtschaftlichen Nutzen und Aufwand der Eltern ein gerechtes Verhältnis ohne den Einbezug der Sozialhilfe entstehen kann. Denn – aus heutiger Sicht erkennbar – wandte sich der Widerstand gegen den zunehmenden Druck der Wirtschaft (schliesslich entstand das neue Modell Halbtageschule aus einer Motion der FDP) zweifellos in der Abstimmung für ein neues Schulmodell gegen das vorliegende Modell Halbtageschule. ■

Film



Mit Kino aus der Stube locken

Während sich der Sommer aus dem Staub gemacht hat und sich der Herbst über seinen Job nicht ganz im Klaren scheint, haben clevere Köpfe Kinoprogramme gestaltet, die es unbedingt wert sind, besucht zu werden. Dabei möchte ich besonders die Filmzyklen im ZALT, Zug und im Kino Lux, Baar, herausstreichen. Das macht einen verfrühten Winter wieder wett und tröstet uns über die vermissten lauen Sommerabende hinweg, auf die wir wieder ein Jahr warten müssen.

Kinowelt im ZALT

Von Regula Gerlach, ZALT-Filmteam

Verschiedene Gründe motivieren das Filmteam im ZALT Film-Vorführungen anzubieten: Erstens kostet es schnell viel, wenn man in «den Ausgang» will. Immer mehr Menschen können sich dies nicht mehr leisten. Da das Projekt selbsttragend sein soll, bezahlen die Gäste einen Unkostenbeitrag von Fr. 8.--.



Sich mit anderen Menschen in lockerem Rahmen zu treffen, trägt dazu bei, vor Vereinsamung zu schützen

oder diesen Zustand zu mildern. Und schliesslich öffnen die aus dem «trigonfilm»-Verleih ausgewählten Filme den Kinovorhang auf die Weite der ganzen Welt und bringen uns herausragende Spielfilme aus Afrika, Asien und Lateinamerika näher. Neue Bilder und andere Geschichten vermitteln Begegnungen, die der Unwissenheit entgegen wirken und Vorurteile abbauen. Übrigens arbeiten im ZALT-Filmteam stellensuchende Personen und freiwillig Mitarbeitende unentgeltlich.

Bei gutem Besuch der Film-Vorführungen sind diese geplant von Oktober 2001 bis Mai 2002. Türöffnung ist jeweils um 18.30 Uhr, anschliessend an den Film ist die Cafeteria zum gemütlichen Zusammensein geöffnet.

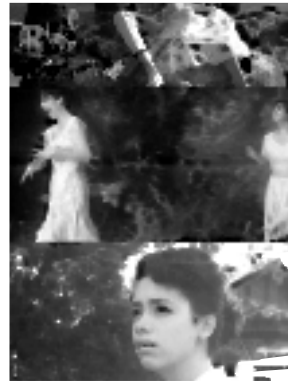
Programm:

Samstag, 6. Oktober 2001, im ZALT, Beginn 19.00 Uhr

«HELLO HEMINGWAY» von Fernando Pérez, Kuba 1990

90 Minuten, Spanisch mit deutsch / französischen Untertiteln

Larita steht kurz vor dem Abitur und hofft auf ein Stipendium, um in den USA studieren zu können. Für diesen Traum müsste sie sich dem amerikanischen Lebensstil anpassen, während ihr Freund sich in den Aufstand gegen Diktator Batista zu verwickeln beginnt. Zudem braucht sie, in zunehmend schwierigen Fa-



milienverhältnissen lebend, die Bürgerschaft eines Amerikaners. Ob ihr berühmter Nachbar, Ernst Hemingway, ihr dazu verhelfen könnte? Von diesem geheimnisvollen, oft abwesenden Mann fasziniert, liest Larita «Der alte Mann und das Meer» und sieht eine Ähnlichkeit zwischen dem Abenteuer des Fischers und ihrem eigenen Leben.

Samstag, 3. November 2001, im ZALT, Beginn 19.00 Uhr
«TGV von Moussa Touré», Senegal 1997

90 Minuten, Wolof und Französisch (deutsch / französische Untertitel)

Bist Du schon einmal mit dem knallfarbigen Bus («Schneller als TGV – und Du explodierst!») von Dakar im Senegal nach Conakry in Guinea gefahren? Zitternd, liebend, bezaubert, verängstigt oder lachend? Eine abenteuerliche Fahrt durch Steppe, Busch und Regenwald, buntgespickt, augenzwinkernd und mit afrikanischer Vitalität? Fahrer «Rambo» nimmt dich mit auf die Reise: Eine gewitzte Allegorie auf den Weg Schwarzafrikas, mit einem anderen TVG, auf anderen Wegen. Der Bus erreicht mit seiner

Schicksalsgemeinschaft sein Ziel und fährt weiter, auch wenn er unterwegs...

Samstag, 1. Dezember 2001, im ZALT, 19.00 Uhr

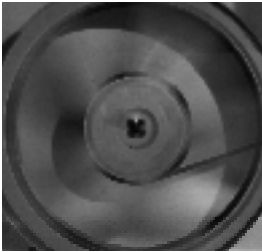
«LA VIDA ES SILBAR» von Fernando Pérez, Kuba 1998
Spanische Originalversion, 106 Min. mit deutsch / französischen Untertiteln

«La Vida es silbar» erzählt von Havanna und von drei Menschen, die hier auf der Suche nach dem persönlichen Lebensglück sind. Mariana, eine junge Balletttänzerin, würde liebend gerne die Rolle der Giselle tanzen und begehrt genauso enthusiastisch die Körper junger Männer. Der Musiker Elpidio wurde als kleiner Junge



von seiner Mutter Cuba verlassen, weil er nicht nach deren Wünschen geraten war. Jetzt lebt der Mischling von seinen Mutter-Mythen umrankt und lernt eine Umweltaktivistin kennen, die in Havanna per Heissluftballon landet. Julia arbeitet als Pflegerin in einem Altersheim. Regelmässig überkommen sie Gähn-Anfälle. Es gibt vieles, was Julia im Leben verdrängt, beim Stichwort «Sex» fällt sie gar in Ohnmacht.

Film

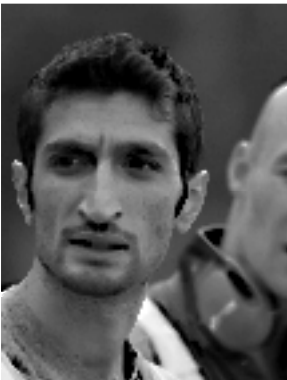


Zuger Kinos

Von Thomas Ulrich

Am 27. September starten zwei anschauliche Unterhaltungsfilm, nämlich «Jalla! Jalla!» und «The Score». Leider werden sich die Zuger etwas gedulden müssen, da ich von beiden Filmen voraussichtlich keine Startkopien erhalten werde.

»The Score« ist ein ebenso souverän wie traditionell inszenierter «Heist-Movie»



(d.h. es geht um einen Raubüberfall). Drei Parteien verbünden sich, um einen grossen Coup zu landen, aber jeder muss darum bangen, von den anderen an der Nase rumgeführt zu werden. Simpel eigentlich, aber dank den Darstellern wird das Ganze zu einem grossen Vergnügen. Es stehen sich nämlich drei der Besten aus ebensovielen Generationen gegenüber. Marlon Brando, Robert De Niro und Edward Norton beweisen einmal mehr ihr Können und erzeugen gehörig Spannung zwischen den Charakteren. Beste altmodische Unterhaltung.

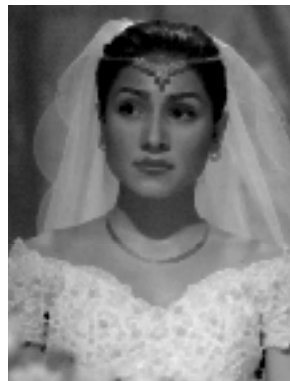
«Jalla! Jalla!» ist eine kleine



schwedische Komödie aus dem Hause Memphis Film («Fucking Amal», «Together») vom erst 24jährigen Josef Fares, der Regie führte und das Drehbuch schrieb. Es geht um die beiden Kumpels Mans und Roro, die beim städtischen Gartenamt als Parkpfleger arbeiten. Obwohl ihre Tätigkeit weitgehend daraus besteht, Entengrütze aus dem Teich zu angeln und Hundekot aufzusammeln, sind sie mit sich und der Welt im Reinen. Eigentlich könnte das Leben ewig so weitergehen, doch unvorhergesehene Ereignisse bringen die Jungs gehörig aus der Ruhe. Roro wird überfallartig von seinem libanesischen Vater und der störrischen Oma dazu gezwungen, binnen Monatsfrist die eigens für ihn ausgesuchte Braut Yasmin zu heiraten. Den armen Mans plagen derweil ungewohnte Potenzprobleme. Aus und vorbei mit dem sorgenfreien Leben. Mans stürzt sich, mit allerlei Stimulanzien versehen, in den totalen Sexstress, während Roros verzweifelte Versuche, den drohenden Ehehafen zu umschiffen, geradewegs dorthin zu führen scheinen. Der Film erreicht zwar nicht die komödiantische und inhaltliche Qualität der vorhin erwähnten Moo-

dysson-Filme, ist aber keineswegs eine Enttäuschung.

Aus Amerika kommt zudem am 11. Oktober die Neuverfilmung von Dürrenmatts «Das Versprechen» (damals noch unter dem Titel «Es geschah am helllichten Tag» mit Heinz Rühmann). Diesmal führt das Multitalent Sean Penn Regie und Jack Nicholson spielt den besessenen Polizeibeamten in Pension. «The Pledge» wurde am Filmfestival von Venedig uraufgeführt, ist bestens gelungen, und ich werde mir alle Mühe geben, in Zug wenigstens bei diesem Film beim Start dabei sein zu können.





Es gibt Begriffe, die bleiben einem. Mit dem Begriff «System der organisierten Verantwortungslosigkeit» bezeichnete ein DDR-Oppositioneller die stalinistischen Bürokratien im Ostblock vor dem Mauerfall. So geschehen in Baar an einer SGA-Veranstaltung kurz nach dem Mauerfall. Die gleiche Bezeichnung drängt sich auf nach dem Fall der Swissair. Mit 100 Mio. Franken Consultant-Honorar von McKinsey in Grund und Boden «beraten», dürfen sich die alte Führungsspitze inklusive VR und McKinsey die Schuld gegenseitig hin- und herschieben. Verantwortlich ist keiner, die Folgen spüren dafür die Angestellten...

Welcher «Consultant» dafür sorgte, dass nach 15 Jahren die «SGA salonfähig wurde» (Neue Zuger Zeitung vom 7. September), ist derzeit noch in Abklärung. Als erstes wurde die Suche nach dem «Salon» aufgenommen. Zweckdienliche Hinweise an info@sga-zug.ch.

Ganz sicher salonfähig ist in Zug inzwischen Englisch. Aus einem Veranstaltungsprospekt der IG Wirtschaft Zug:

«Mit der Gestaltung von B2B-Plattformen ist Gemex Process Owner zwischen Lieferant/Hersteller sowie Detailhandel/Kunde und beherrscht somit die ganze Supply Chain von Sourcing, Customizing, Offer- and Order-Cycle mit E-Pooling über QC/Assurance, Logistic and Billing bis hin zum Brand Management.»

Mit letzterem ist nicht die FFZ gemeint...

Kein Thema ist die Internationalisierung Zugs für die Stadtzuger SVP. Mit grossem Geschütz wird das neue Logo der Stadt per Initiative bekämpft, das alte Wappen pathetisch beschworen: «Das Wappen der Stadt Zug hat für uns eine Bedeutung, die wir kaum in Worte fassen können: Unseren Stolz auf die Heimat, unsere Liebe zu unserer Stadt, unsere Verpflichtung für die Stadt und den Kanton Zug.»

Der Verpflichtung für die Stadt Zug entziehen wird sich SP-Stadtrat Eusebius Spescha auf Ende 2002. Aus freien Stücken und völlig freiwillig. Nachzulesen auf www.eusebius-spescha.ch. Wir warten also gespannt auf seine Memoiren und die Übersetzung von «freiwillig».

Schon erschienen sind die Protokolle der Kantonsrats-sitzung vom 30. Mai. Anlässlich einer Interpellation der Alternativen Fraktion zum Thema Kampfhunde erläuterte SGA-Kantonsrätin Anna Lustenberger kompetent eine Broschüre über Hundeerziehung:

«In einem Punkt heisst es: 'Vergessen Sie nie - Sie sind der 'Oberhund', setzen Sie sich durch, konsequent und freundlich'. Ähnliches erwartet Anna Lustenberger-Seitz jetzt auch von der Regierung.»

Fass, Monika, fass!

Rekordverdächtiges Behandlungstempo der Motion von Urs Diethelm betreffend Steuerreduktion für Katalysator-Fahrzeuge vom 3. September 1987. Bericht und

Antrag des Regierungsrates vom 19. Juni 2001 schlägt vor, die Motion nicht erheblich zu erklären, da mittlerweile 90% der PKW über einen Katalysator verfügen. Souveränes Aussitzen beherrscht fallweise auch ein rotgrüner Regierungsrat.

Mindestens solange wirds auch mit den neuen schnellen Handys gehen. Inzwischen sagt «Prognos» voraus, dass bis 2011 erst 40% aller Handys mit dem neuen Standard UMTS ausgerüstet sein werden - vielleicht, falls nicht, wenn doch, und überhaupt. Und nachdem in England eine Methode erfunden wurde, mittels dem immer dichter gewobenen Handy-Antennennetz die teuren US-Tarnkappenbomber (Stückpreis 3,5 Mia. Franken) auf 10 Meter genau orten (und dann abschiessen) zu können, dürfte ein allgemeines, weltweites Antennenverbot nur noch eine Frage der Zeit sein.

Auch nur eine Frage der Zeit dürfte es sein, bis FDP-Gemeinderat Ulrich Straub merkt, dass er als Nachfolger von René Bucher in die Bau- und Planungskommission gewählt wurde. Das Bedauern über die Absenz des Minutunnel-Blockierers und Parkplatz-Pushers ist dem Vernehmen nach begrenzt.

Begrenzt auch die Begeisterung bei Gilles Morf, dem verantwortlichen Planer für den neuen Teilrichtplan Verkehr, über die Äusserung seines BigBoss Flachsmann an der Präsentationsveranstaltung im Hertiforum - Originalton Flachsmann: «Oft wird halt zuerst geplant und

gebaut, und erst dann nachgedacht, das ist leider so.»

Und plötzlich wird klarer, weshalb im Organ des Zuger Gewerbeverbandes kürzlich Hanspeter Uster als «starker Mann in der Zuger Regierung» bezeichnet wurde.

Das mit dem Bauen beherrschte Wisel Hürlimann noch um eine Nuance besser. Als Baudirektor überraschte er den versammelten Kantonsrat bei der Einweihung einer Brücke über die neue Autobahn in den 70er-Jahren mit der Feststellung, das sei jetzt die Brücke, deren Kredit sie am morgen beschlossen hätten.

Zuerst bauen, dann beschliessen und schliesslich zu denken geben...

Immer mal wieder zu Denken gibt die SP-Fraktion im Grossen Gemeinderat Zug. Die Zwängerei mit der Brui-bachbrücke (vierter Anlauf) goutiert sie oppositionslos, und nach der Sitzung setzt die Fraktionschefin noch eins drauf: «Das Gebiet zwischen Giminen und Oberwil wird ja sowieso mal überbaut werden, was wollt ihr eigentlich?»

Da gabs doch mal die Grünflächeninitiative, eine der erfolgreichen rotgrünen Initiativen in der Stadt Zug. Im Initiativkomitee damals nicht mit dabei, aber wenigstens mit einer Ja-Parole bei der Abstimmung: die SP Stadt Zug. War ja nur eine Parole...

Veranstaltungen



DO 4.10.2001
SGA-Monatsbar,
ab 18:30 in der ZALT-Cafeteria Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht

MI 24.10.2001
Globalisierungsveranstaltung
im Konferenzzimmer im Casino

DO 8.11.2001
SGA-Monatsbar,
ab 18:30 in der ZALT-Cafeteria Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht

SO 2.12.2001
Volksabstimmung
- Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse
- Volksinitiative «für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern»
- Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»
- Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst (ZFD)»
- Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer»

DO 6.12.2001
SGA-Monatsbar,
ab 18:30 in der ZALT-Cafeteria Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht

WELT**sicht**BAAR

Das Filmfest des Südens und Ostens, Cinema Lux in Baar

Donnerstag 15. bis Mittwoch 21. November

Programm:

DO 15. 11. 01
19.00 Uhr.

Yi Yi, Edward Yang, Taiwan (Eröffnung mit Apéro)

»Yi Yi« läuft nach der Eröffnung in Baar ab Freitag im Normalprogramm im Gottard in Zug

FR 16. 11. 01
18.00 Uhr Soir après la guerre, Rithy Panh, Kambodscha (Carte blanche Ruth Dreifuss)

20.15 Uhr: The Goddess of 1967, Clara Law, Hongkong/Australien

22.30 Uhr: The Frame, Satoshi Isaka, Japan

SA 17. 11. 01
14.30 Uhr: Los libros y la noche, Tristan Bauer, Argentinien

17.00 Uhr: Djomeh, Hassan Yektapanah, Iran (Carte blanche Regula Koch)

20.15 Uhr: Eu tu eles, Andrucha Waddington, Brasilien (Vorpremiere)

22.30 Uhr: The Goddess of 1967, Clara Law, Hongkong/Australien

SO 18. 11. 01
14.30 Uhr: Chunhyang, Im Kwon-taek, Südkorea
17.00 Uhr: noch unbekannt (Carte blanche Urs Perner)
20.15 Uhr: Uttara, Buddhadeb Dasgupta, Indien

MO 19. 11. 01
20.15 Uhr: Hidden Whisper, Vivian Chang, Taiwan

DI 20. 11. 01
20.15 Uhr: El entusiasmo, Riccardo Larrain, Chile

MI 21. 11. 01
14.30 Uhr: Dôlè, Imunga Ivanga, Gabun
20.15 Uhr: Nando Olival, Brasilien, Domésticas, Fernando Meirelles (Vorpremiere mit N. Olival)

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

Bulletin Nr. 3, September 2001, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss, Elisabeth Höfliger

Produktion: Markus Müller / Stefan Gisler

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfarbtem Altpapier.

Auflage: 1250

Abonnements: Fr. 20.-;
KleinverdienerInnen Fr. 10.-,
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 4/2001: Freitag, 7. Dezember 2001

Erscheinungsdatum: Donnerstag, 20. Dezember 2001

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.sga-zug.ch/bulletin